:antifaschistische nachrichten

Nr. 17

g 3336 25.8.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

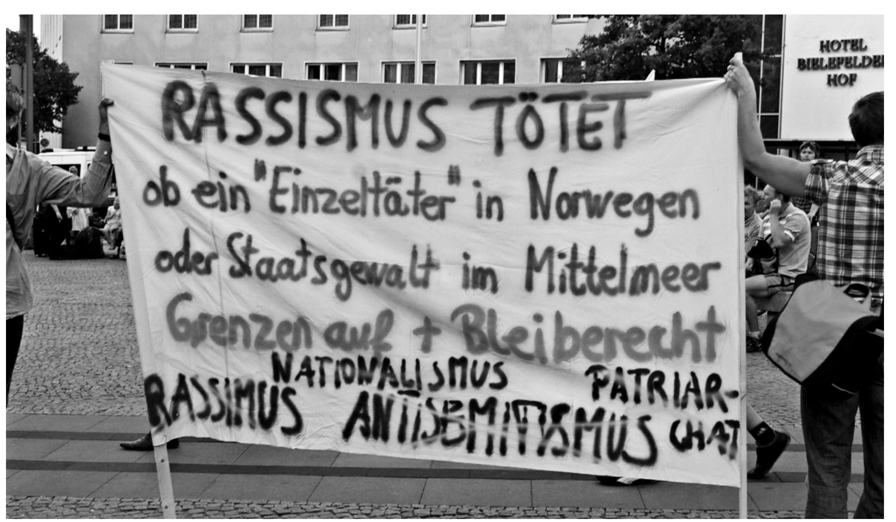
Miegel-Buch zurückgezogen

Münster/Bad Nenndorf. Nach nur knapp einer Woche hat der Münsteraner Ardey-Verlag das Buch „Agnes Miegel. Ihr Leben, Denken und Dichten von der Kaiserzeit bis zur NS-Zeit" aus dem Handel genommen. Der Verlag kritisiert u.a., dass auf einer Seite, wo es um das Entnazifizierungsverfahren Miegels gehe, der NS-Schriftsteller Hans Grimm („Volk ohne Raum" u.a.) zitiert wird, ohne auf dessen enge Verstrickung mit dem NS-Regime hinzuweisen. Auch andere Stellen in dem Buch ließen auf eine rechte Denkart schließen. Der Vertrieb des Buches, das als Jahresgabe der „Agnes-Miegel-Gesellschaft" in Bad Nenndorf erschienen ist, sei eingestellt, so der Vertriebsleiter des Verlags und betonte, dass dies auch so bleiben werde.

Eigentlich sollte das Buch der Versuch sein, der seit Jahren immer wieder aufflammenden Diskussion über die Nähe Agnes Miegels zum NS-Regime etwas entgegen zu setzen. Marianne Kopp, Vorsitzende der „Agnes-Miegel-Gesellschaft" und im vergangenen Jahr Interviewpartnerin des extrem rechten Nachrichtenmagazins „Zuerst", hatte eigens Paul Leidinger, emeritierter Professor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster gewonnen, der für das Miegel-Buch ein Vorwort schrieb. Trotz der Kritik des Verlages bleibt Kopp der in Teilen der „Landsmannschaft Ostpreußen" als „Mutter Ostpreußens" verklärten Agnes Miegel auch weiterhin treu und schreibt in ihrem Blog u.a.: „Nirgends in Agnes Miegels offiziellen und privaten Äußerungen ist eine Anbiederung an die NS-Ideologie zu erkennen, nichts deutet auf eine Bejahung oder Unterstützung ihrer Eroberungspolitik oder Rassenwahn hin". Als ob Miegels Unterzeichnung des Treuegelöbnisses „88 Deutsche Schriftsteller" für Adolf Hitler im Oktober 1933, ihr Eintritt in die NSDAP im Kriegsjahr 1940 und ihr Engagement für den NS-Nachwuchs, der sie später dafür mit dem Goldenen Ehrenzeichen der HJ ehrte, nicht genug Bekenntnis zum verbrecherischen NS-Regime bedeutet hätte („Preußische Allgemeine Zeitung" 32-2011). *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Juden, Araber, Front National – merkwürdige Bündnisse. 9



Demonstration gegen Naziaufmarsch in Bielefeld am 6.8. (s.Seite 7) Foto: Karin Richert

Mit Blockaden gegen „Nationalen Antikriegstag"

Bundesweites Antifa-Bündnis will Naziaufmarsch in Dortmund verhindern und gegen Kriegspolitik mobil machen. Neofaschisten starten Gewaltoffensive, Polizei empfindet dies als normal

Das bundesweite antifaschistische Bündnis „Dortmund stellt sich quer!" arbeitet auf Hochtouren: Am 3. September wollen die Antifaschisten den von „Autonomen Nationalisten" in Dortmund ausgerufenen „Nationalen Antikriegstag" mittels Blockaden verhindern. Den Aufruf unterstützen mittlerweile mehr als 500 Gewerkschaftsgliederungen, Linkspartei, DKP, Grüne und Einzelpersonen, so etwa der Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD).

Nach Polizeiangaben sollen die mehreren hundert Neonazis, die am 3. September erwartet werden, wieder einmal durch die nördliche Innenstadt geleitet werden. Dafür spricht auch, dass das Polizeipräsidium eine von „Dortmund stellt sich quer!" für diesen Tag dort angemeldete Demonstration untersagt hat. Die Dienststelle teilte außerdem mit, dass ein großer Teil der Nordstadt den Rechten als Aufmarschgebiet zugesprochen werde, in dem es nicht zu Protesten von Neonazigegnern kommen soll. Der staatlichen Verbotspolitik zum Trotz, hat das Bündnis mittlerweile Kartenmaterial auf seiner Internetseite veröffentlicht und mobilisiert offen zu Treffpunkten für Antifaschistinnen und Antifaschisten, die die neuerliche rechte Provokation unterbinden wollen.

Auch bei anderen politischen Organisationen sorgt die Politik des Dortmunder Polizeipräsidenten Hans Schulze (SPD) für Kritik. „Der Polizeipräsident glaubt an eine taktische Meisterleistung. In Wahrheit bereitet er der Demokratie in der Stadt ein politisches Desaster", kommentierte etwa Wolfgang Richter vom „Linken Bündnis Dortmund" das faktische Verbot einer der Dutzenden angemeldeten antifaschistischen Kundgebungen.

Auch das Bündnis „Dortmund stellt sich quer!" erneuerte seine Kritik an der von Schulze geleiteten Behörde. „Offenbar sieht das Dortmunder Polizeipräsidium nach wie vor seine Hauptaufgabe darin, die Nazis vor Protesten zu schützen und Antifaschisten das Demonstrationsrecht zu beschneiden", so Dirk Hausmann, Sprecher des Bündnisses.

Inzwischen sind die extremen Rechten in NRW auch zu Brandanschlägen übergegangen und nehmen damit bewusst den Tod von Neonazigegnern in Kauf. So wurde Mitte August ein Anschlag in Aachen auf den Gewerkschafter und Antifaschisten Manfred Engelhardt verübt. Ein Auto, das vor Engelhardts Haus stand, wurde in Brand gesetzt und die komplette Fassade mit Farbbeuteln beworfen.

weiter Seite 3

51. Ulrichsberg-Gedenkfeier

Österreich/Klagenfurt. Die „Ulrichsberggemeinschaft“, die seit vielen Jahren unter dem Einfluss von Akteuren der SS-Veteranenorganisation „Kameradschaft IV“ steht, mobilisiert zu ihrer „51. Ulrichsberg-Gedenkfeier“ am 17. und 18. September in Kärnten. Am Samstag beginnt die Auffahrt zum Ulrichsberg um 13 Uhr. Nach einer Feier, die um 16.30 Uhr endet, findet abends ein „Heimatabend“ im Kursaal Krampendorf statt. Am Sonntag soll ab 10 Uhr eine große Festveranstaltung im Klagenfurter Konzerthaus stattfinden und später ein Festabend mit Musikbegleitung im Hotel Rosenheim in Krumpendorf. Beworben wird die Veranstaltung u.a. in der „Deutschen Nationalzeitung“. *hma* ■

„Forum Deutscher Katholiken“ tagt

Karlsruhe. Im Vorfeld des Papst-Besuches in Deutschland findet vom 9. bis 11. September in der Karlsruher Stadthalle der diesjährige Kongress des „Forum Deutscher Katholiken“ statt. Das Treffen stramm konservativer und papsttreuer Katholiken musste sich unlängst von seinem Kuratoriumsmitglied Otto von Habsburg verabschieden. Auch in diesem Jahr werden wieder bekannte Kleriker der Amtskirche erwartet. Der Salzburger Weihbischof Andreas Laun wird an einer öffentlichen Kundgebung der Initiative teilnehmen. Diese mobilisiert unter dem Motto „Wir fahren zum Papst!“ zur Reise nach Berlin und hat als Schirmherrin ihrer Aktion u.a. die „Junge Freiheit“-Kolumnistin Gabriele Kuby für sich gewonnen. Auf deren Kundgebung in Karlsruhe soll auch Werner Münch sprechen. Der ehemalige Ministerpräsident war 2009 nach einer Papst-Kritik Angela Merkels aus Protest aus der CDU ausgetreten.

Unter den Referenten und Diskutanten finden sich auch zahlreiche sog. „Lebensschützer“. So die ALFA-Aktivistin Alexandra M. Linder, Bernward Büchner von der „Juristen-Vereinigung Lebensrecht“ und Thomas Schührer von „Durchblick e.V.“. Letzterer hatte 2004 angekündigt, 40 Millionen Plastik-Embryos verbreiten zu wollen. Das umfangreiche Jugendprogramm des Kongresses bestreiten u.a. Akteure der „Katholischen Pfadfinderschaft Europas“, der „Jugend 2000“, der „Kongregation der Diener Jesu und Mariens“ (SJM), der „Generation Benedikt“ und von „Nightfever“. *hma* ■

Farbanschlag auf Denkmal

Dortmund. In der Nacht vom 11. auf den 12. August 2011 haben Nazis das Denkmal für die „Märzgefallenen“ auf dem Nordfriedhof in Dortmund-Eving beschmiert. Mit Hakenkreuzen und viel roter Farbe verunreinigten sie dieses Denkmal, welches an 12 Arbeiter aus Dortmund erinnert, die in der Märzrevolution 1920 im Kampf gegen die Konterrevolution gefallen sind. Diese pietätlose Tat reiht sich ein in eine Reihe von Übergriffen seitens der Nazis in den letzten Wochen.



Wie kam es zu diesem Denkmal?

Am 13. März 1920 rückte die Marinebrigade Erhardt in Berlin ein und besetzte das Regierungsviertel. Eine Militärdiktatur sollte errichtet werden. Die Konterrevolution wurde auch an anderen Orten aktiv, so im Ruhrgebiet. Mit dem Putsch gegen die junge bürgerliche Demokratie sollte die überkommene alte Ordnung wieder hergestellt werden, die Errungenschaften der Novemberrevolution sollten beseitigt werden. Die Putschisten erklärten die Reichsregierung für abgesetzt und die Nationalversammlung für aufgelöst. Gegen die Arbeiterklasse gingen sie mit brutaler Gewalt vor. Gegen diesen Putsch und Terror entwickelten sich massive Gegenkräfte, SPD, USPD, KPD und ADGB riefen zum Generalstreik auf. Die Arbeiter bewaffneten sich, im Ruhrgebiet bildete sich die Rote-Ruhr-Armee. Auch in Dortmund kommt es zu Kämpfen mit konterrevolutionären Truppen, in deren Verlauf am 17. März 12 Arbeiter ihr Leben verlieren. Ihrem Andenken gilt dieses Mahnmal.

Die Beerdigung fand am 20. März auf dem Nordfriedhof statt. Tausende von Menschen nahmen am Trauerzug teil. In seiner Trauerrede betonte der Vorsitzende der KPD Dortmund Adolf Meinberg die Wichtigkeit einer geeinten Arbeiterbewegung. Zitat: „Die Toten hier im Grabe gehören allen Parteirichtungen an. Der konterrevolutionäre Anschlag hat sie vereinigt und wie sie jetzt vereinigt im Grabe liegen, so muss es unter allen Umständen bleiben, so muss das Proletariat zusammenstehen. … Wer nicht will, dass Herrschaft und Unterdrückung, dass Gewalt das ausschlaggebende Moment der Menschheit ist, der hat diese letzten begeisterten Kämpfe mit zu führen, der hat sich auf die Seite des revolutionären Proletariats zu stellen.“

Nur wenige Denkmäler erinnern in Dortmund an die Zeit der Weimarer Republik, an die Zeit des Widerstandes gegen die nationale Rechte, an den Kampf der Arbeiterbewegung. Dieses Denkmal bildet dabei eine bemerkenswerte Ausnahme. In Auftrag gegeben wurde der Gedenkstein im Jahr 1929 von der Dortmunder KPD. Erstaunlich und überaus erfreulich ist die Tatsache, dass dieses Denkmal die Zeit des Nationalsozialismus, verborgen unter Sträuchern, überdauern konnte. Ein Zufall war das gewiss nicht. Die Lettern wurden nach 1945 in einer „Privataktion“ rot nachgrundiert. Es handelt sich hier um ein offizielles Denkmal der Stadt Dortmund, für das die DKP die Verantwortung übernommen hat. Es gilt, diesen Erinnerungsort zu bewahren und zu erhalten.

http://dortmundquer.blogsport.de ■

Razzia der sächsischen Polizei bei der Jungen Gemeinde in Jena

Sachsen. Sächsische Polizisten im thüringischen Jena haben bei der dortigen Jungen Gemeinde und in den Privaträumen des Jugendpfarrers Lothar König Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dazu erklärt Kerstin Köditz, Obfrau der Linksfraktion im Innenausschuss:

„Das Verhalten der Polizei in Zusammenhang mit der Verfolgung von Straftaten bei den Demonstrationen am 19. Februar in Dresden nimmt inzwischen immer abstrusere und geradezu wahnwitzige Züge an. Dafür spricht, dass die Polizeidirektion Dresden unter dem Vorwurf des aufwieglerischen Landfriedensbruchs eine Razzia in kirchlichen Räumen vornehmen lässt, ohne ihre thüringischen Kollegen auch nur im Vorfeld darüber zu informieren.

Als Begründung werden ermittlungstaktische Gründe vorgeschoben. Für den entsprechenden §125 StGB ist es notwendig, dass die Beschuldigten die Ausschreitungen absichtlich aktiv gefördert haben. Wer Jugendpfarrer König kennt, weiß wie unsinnig eine solche Annahme in Bezug auf seine Person ist. Als fragwürdig und befremdlich muss es angesehen werden, dass anwesenden Bundes- und Landtagsabgeordneten der LINKEN und der Grünen vor Ort der Zugang verweigert wird.

Entweder diese Aktion hat mit Wissen und Billigung des sächsischen Innenministers stattgefunden. Dann wird er sich in der nächsten Sitzung des Innenausschusses einer Reihe unbequemer Frage stellen müssen, da seine bisherigen Erklärungen zum Vorgehen der sächsischen Behörden gegen Demonstrierende und

„Bei diesem feigen und hinterhältigen Anschlag nahmen die Täter billigend in Kauf, dass das Haus hätte Feuer fangen können und wir dadurch an Leib und Leben geschädigt worden wären", konstatierte Engelhardt auf der Internetseite des „Arbeitskreises Aachener Gewerkschafter". Der Anschlag käme nicht „von ungefähr", so der Neonazigegner weiter. Die Region Aachen gilt neben Dortmund als eines der Schwerpunktaktionsgebiete der neofaschistischen „Autonomen Nationalisten".

Einen neonazistischen Hintergrund hat nach Recherchen der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) möglicherweise auch ein Übergriff auf zwei Polizisten in Gelsenkirchen. Ein 21-jähriger Mann hatte die beiden Beamten Anfang August in einen Hinterhalt gelockt, mit einem Messer attackiert und schwer verletzt. Mitschüler des Angreifers berichteten dem Blatt zufolge über rechtsextreme Tendenzen und eine mögliche NPD-Mitgliedschaft des Täters.

Anna Conrads, innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE, forderte daraufhin eine gründliche Untersuchung des Falles und reichte umgehend eine sogenannte Kleine Anfrage zu den zunehmenden Gewaltexzessen der Neonazis in NRW ein, die bis Mitte September beantwortet werden muss.

Bereits Anfang August nahm die Polizei im etwa 15 Kilometer von Dortmund entfernten Bergkamen einen jungen Neonazi fest, der Mitglied der NPD und des „Nationalen Widerstandes Unna" sein soll. Der 23-Jährige soll Ende Juli mehrere Brandanschläge – unter anderem auf eine im Bau befindliche Moschee sowie auf eine Wohnung von Migranten – verübt haben. Nur durch Glück war bei den Angriffen, bei denen ein Sachschaden von über 100 000 Euro entstand, niemand verletzt worden. Parallel zu den Anschlägen in Kamen, wurde in der Nacht zum 25. Juli ein von Roma bewohntes Mehrfamilienhaus in Leverkusen in Brand gesetzt. Auch in diesem Fall konnten sich alle Bewohner unverletzt ins Freie retten.

Im Vorfeld des von den Neofaschisten ausgerufenen „Nationalen Antikriegstages", der mit Aufmärschen am 2. und 3. September in Dortmund begangen werden soll, mehren sich die gewalttätigen Aktionen der neofaschistischen Gruppierungen massiv. In der Stadt selbst beschmierten Neonazis Mitte August ein Denkmal für die „Märzgefallenen" auf dem im Stadtteil Eving gelegenen Nordfriedhof mit Hakenkreuzen. Das geschändete Denkmal erinnert an zwölf Arbeiter aus der Ruhrgebietsmetropole, die sich der Roten Ruhrarmee angeschlossen hatten und bei der Märzrevolution 1920 im Kampf gegen rechte Putschisten gefallen waren.

Indes scheinen die von Rechten in den vergangenen Wochen im Raum Dortmund verübten Gewaltaktionen für die dortige Polizei kein größeres Problem darzustellen.

Obwohl kürzlich selbst SPD-Büros und Privatwohnungen von Jungsozialisten, wie etwa in Hamm, von Neonazis attackiert wurden, sehen die Beamten des Dortmunder Staatsschutzes, in deren Zuständigkeitsbereich die Kleinstadt fällt, die Gewalt „gelassen", wie es kürzlich in einem Bericht des Westdeutschen Rundfunks (WDR) hieß. Zitiert wurde etwa Polizeisprecher Wolfgang Wieland, der mit Blick auf den „Nationalen Antikriegstag" sagte, dass sich „in den Wochen davor" die „Angriffe rechtsextremer Täter auf die Büros linksgerichteter Parteien" häufen würden. „Das ist jedes Jahr dasselbe und für uns nichts Neues". Auch das sogenannte Bundesamt für Verfassungsschutz ließ gegenüber dem WDR verlauten, es könne „einen Trend innerhalb der rechten Szene, der sich vermehrt gegen Mitglieder etablierter linker Parteien richte", nicht erkennen.

„Die von der Dortmunder Polizei vertretene Auffassung ist verräterisch", so „Dortmund stellt sich quer!"-Sprecher Hausmann. Sie zeige eindrucksvoll, dass die Beamten nach Dutzenden Gewalttaten und selbst nach der Ermordung dreier ihrer Kollegen durch den Neonazi Michael Berger im Jahr 2000 „Teil des Problems und nicht der Lösung sind".

Unterdessen wurde bekannt, dass der vom stellvertretenden Berliner NPD-Landesvorsitzenden Sebastian Schmidtke betriebene rechte Devotionalienhandel „Hexogen" damit wirbt, dass Neonazis, die dort ein Busticket von Berlin zum „Nationalen Antikriegstag" nach Dortmund erwerben, gratis eine Dose Pfefferspray erhalten.

Das Bündnis „Dortmund stellt sich quer!" ruft unterdessen für Freitag den 2. September zu einer Demonstration gegen „Neonazigewalt und imperialistische Kriege" auf, die direkt nach Dorstfeld zu den Wohnungen der Neonazikader führen soll. Zuvor plant das Bündnis Proteste gegen den Aufmarsch der Nazis, bei dem auch die rechte Band „Oidoxie" auftreten soll. Antifaschisten, die sich an den für den 2. und 3. September geplanten Aktivitäten von „Dortmund stellt sich quer!" beteiligen wollen, rät das Bündnis, sich in zeitlicher Nähe zu den Aktionen auf seiner Homepage über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Markus Bernhardt ■

Informationen:
dortmundquer.blogsport.de
Kartenmaterial: *http://dortmundquer.blogsport.de/images/karte04_A4quer.pdf*

Borussia Dortmund setzt Zeichen! „Abpfiff für rechts"

hieß es am Samstag vor 78.000 Zuschauern bei Borussia Dortmund gegen den 1.FC Nürnberg. Vor Spielbeginn wurden unter diesem Motto 40 Nationalfahnen von ansässigen Nationalitäten auf das Spielfeld getragen, um zu zeigen, wie „vielfältig die Stadt und die Fans des Vereins" sind! Man wolle am 3. September keine Nationalisten in der Stadt haben ...
Ein schöner Erfolg für die Antifa-Fan-Gruppe.

Unbeteiligte am 19. Februar (Handygate, angebliche kriminelle Vereinigung) immer fragwürdiger und fadenscheiniger werden. Oder aber die Polizeidirektion Dresden hat eigenmächtig gehandelt. Beides wäre gleichermaßen fatal und stellt einen Schaden für die Demokratie dar.

Von den Antworten des Innenministers machen wir es abhängig, auf welche Weise wir parlamentarisch reagieren werden. Bleibe ich in der Logik des Innenministeriums, dann müsste ich Ermittlungen gegen die Polizeidirektion Dresden wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung fordern."

PM Kerstin Köditz, MdL ■

Deutsche Bahn AG haftet für NS-Verbrechen

Um den Pfändungsverfügungen ausländischer NS-Opfer zu entgehen, scheint die DB AG den grenzüberschreitenden Schienenverkehr nach Italien zu erschweren. Italien-Reisende müssen neuerdings Fahrplanänderungen und merkwürdige Verkaufspraktiken für Fahrscheine hinnehmen: So enden Tickets zwischen München und Rom teilweise im norditalienschen Verona. Der Streckenanschluss muss im Zug nachgelöst werden. Hintergrund: Jeder Cent und Euro zugunsten von Dienstleistungen der DB AG in Italien verfällt einer Drittschuldnerpfändung, die der römische Kassationsgerichtshof NS-Opfern zugesprochen hat. Vorläufiger Pfändungsbetrag: 50 Millionen Euro. Diese Summe addiert sich zu den rund zwei Milliarden Euro, die Gegenstand einer weiteren Forderung von NS-Opfern an die DB AG sind.

Die in Italien und in Osteuropa geltend gemachten Forderungen richten sich sowohl gegen die DB AG als auch gegen deren Eigentümerin, die Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik hatte bei Gründung den Eigentumsfonds der „Deutschen Reichsbahn" übernommen – und damit auch die Einnahmen aus den kriminellen Massendeportationen von über drei Millionen Menschen in den

➔

Tod. Die Bundesrepublik haftet ebenso für weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in ganz Europa begangen wurden, etwa im griechischen Dorf Distomo, wo über 200 Einwohner im Juni 1944 einer SS-„Vergeltungsaktion“ anheim fielen. Die Forderungen der Distomo-Opfer (rund 50 Millionen Euro inkl. Zinsen) können in Italien geltend gemacht werden, entschied das oberste römische Gericht bereits im Mai 2008 gegen die Bundesrepublik Deutschland. Das Urteil betrifft sämtliche deutschen Besitztümer in Italien, also auch die dort anfallenden Einnahmen der DB AG im Schienenverkehr.

Weil die deutsche Regierung der Auffassung ist, die NS-Massaker seien „hoheitliche Akte“ im Auftrag des deutschen Staates gewesen, gegen den zu klagen private Opfer nicht befugt wären, hat Berlin beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Beschwerde eingelegt. Er erwarte, dass „Deutschlands Immunität als Staat respektiert“ werde, äußerte der deutsche Außenminister Westerwelle im Januar 2011. Damit stellt sich das deutschen Außenministerium gegen die Rechtssetzung mehrerer oberster europäischer Gerichte, die die sogenannten Staatenimmunität für NS-Verbrechen nicht gelten lassen. Es gebe ein „absolutes Primat der grundlegenden Werte der Freiheit und Würde des Menschen“, heißt es in dem wegweisenden Urteil des italienischen Kassationsgerichts.

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Aufruf und Selbstverständnis der Initiative „Pogrom 91“

Sachsen. Im sächsischen Hoyerswerda wird im September diesen Jahres an den 20. Jahrestag der Überfälle auf Asylsuchende und VertragsarbeiterInnen von 1991 erinnert. Dies habe aber mit einer ernstgemeinten Auseinandersetzung und einer daraus folgenden Aufarbeitung und Gedenkkultur leider wenig zu tun, so die Intiative „Pogrom 91“. In ihrem Aufruf zu diesem Anlass heißt es:

„Seit 20 Jahren ist man sich hier einig, dass die Stadt und ihre BewohnerInnen für diese Debatten noch nicht bereit seien und es „andere Probleme“ gebe, als der Umgang mit dieser unschönen Geschichte, durch die diese Stadt weltweit in Verruf geraten ist. Und dennoch werden sich wohl auch in diesem Jahr wieder einige StadtvertreterInnen auf dem Lausitzer Platz oder einem anderen Ort fernab des Geschehens einfinden, um den „extremistischen Ausschreitungen“, wie es auf einer Stele anlässlich des 15. Jahrestages der Ereignisse hieß, von damals zu gedenken.

Unserer Auffassung nach ist diese Gedenkpolitik nicht nur eine falsche Einordnung der Geschehnisse. Viel mehr scheint jene Praxis eine konstante Weiterführung von Versuchen der Schuldabwehr und Relativierung, wie sie schon damals gebetsmühlenartig von den lokalen Medien und VertreterInnen der Stadt vorgetragen wurden, um den entstandenen Rufschaden wieder wettzumachen.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für dringend notwendig, auch nach 20 Jahren gegen diese anhaltende Verdrehung von Tatsachen Stellung zu beziehen. Unsere Betrachtung der damaligen Ereignisse in Hoyerswerda benennt diese klar als das, was sie waren. Nämlich ein rassistisches Pogrom, wie es bis dahin nach dem zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden kein Zweites gegeben hat.

Nach den Angriffen im September 1991 waren in der örtlichen Presse wahlweise die Medien von außerhalb, ein Versagen der bundesdeutschen Asylpolitik oder eine sich verschlechternde soziale Lage durch den fehlenden Aufschwung Ost an allem schuld. Kein Wort vom grassierenden Nationalismus der sich damals aller Orten Bahn brach, kein Wort von den marodierenden Neonazigruppen, die allabendlich neue Opfer forderten und von nicht wenigen BürgerInnen dankend als Ordnungsfaktor „in schwierigen Zeiten“ angenommen wurden.

In Hoyerswerda wüteten eben nicht nur Anhänger der vermeintlichen „extremen Rechten“. Vor den Heimen der GastarbeiterInnen und Asylsuchenden tobte ein rechter BürgerInnenmob, bestehend aus Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft. Darunter jene, die sich als Neonazis verstanden, aber eben auch „ganz normale Deutsche“: NachbarInnen und KollegInnen. Ob mit oder ohne Bomberjacke – in ihrem Ziel waren sich vor den Heimen im September 1991 alle einig: „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ und dabei war ihnen jedes Mittel recht.

Beflügelt durch die erfolgreiche Vertreibung der migrantischen HeimbewohnerInnen aus Hoyerswerda, breiteten sich ähnliche rassistisch motivierte Überfälle auf Unterkünfte von Asylsuchenden und VertragsarbeiterInnen in der ganzen BRD aus und forderten bald erste Todesopfer. Ihren Höhepunkt erreichte diese Welle rassistischer Gewalt schließlich 1992 in Rostock Lichtenhagen.

Gerade weil Hoyerswerda als Ausgangspunkt dieser Entwicklungen betrachtet werden kann, möchten wir einen Beitrag zur mehr als dürftigen Aufarbeitung des Pogroms vor Ort leisten und die bislang vorherrschende städtische „Gedenkpolitik“ in den Fokus unserer Kritik nehmen.

Die Internetseite der Initiative soll in diesem Kontext als Archiv zur Dokumentation der damaligen Ereignisse dienen und somit eine kritische Auseinandersetzung mit den Geschehnissen befördern. Gleichzeitig möchten wir auf diesem Weg emanzipatorischen Gruppen und Einzelpersonen ein Forum für Diskussionen zum Thema ermöglichen. Mit seinem öffentlichen Statement „Die Erinnerung an diese 15 Jahre behalten wir Hoyerswerdaer uns selbst vor“ bestätigte der ehemaliger Oberbürgermeister Horst-Dieter Brähmig noch vor fünf Jahren zähneknirschend den vor Ort allgemein vorherrschenden Konsens des kollektiven Verdrängens. Wir dagegen möchten explizit auch den Betroffenen des rassistischen Pogroms von 1991 Raum für ihre Meinungen und Erfahrungen geben – und zwar in der Stadt, aus der sie gewaltsam vertrieben wurden.

Wir haben außerdem eine klare Forderung, mit welcher dem bisherigen Verdrängen und Vergessen der Ereignisse vom September 1991 nachhaltig entgegengewirkt werden soll: ein Denkmal zur Erinnerung an das rassistische Pogrom. Wir rufen deshalb zu einem Wettbewerb auf, ein geeignetes Denkmal zu entwerfen, aus welchem wir das Beste auswählen.

Wir fordern die Stadt auf, dieses Mahnmal auf der Freifläche in der Wilhem-Külz-Straße aufzustellen – vor einem der Häuser, in dem sich das Pogrom 1991 ereignet hat. Bei unserem Stadtspaziergang am 17. September wird es bereits zur Probe aufgestellt.

Mit der Forderung an die Stadt, es auch offiziell zu verankern, soll in Hoyerswerda ein fester Ort geschaffen werden, der dauerhaft an die Geschehnisse erinnert. Ein Stolperstein, der ein Vergessen unmöglich macht, mit dem wir den Betroffenen des Angriffs organisierter Neonazis und „ganz normaler“ Bürger gedenken wollen, die man aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft als „anders“ wahrnahm und denen man deshalb ein Leben in Hoyerswerda nicht zugestand – es ist die Erinnerung an das rassistische Pogrom von Hoyerswerda.

Kontakt:
Mail: pogrom91[at]fastmail.net
Web: http://pogrom91.tumblr.com
Twitter: @InitiativeP91 ■

Bisherige Unterstützer_Innen:
Beratungsstelle für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt Dresden, AK Antifa Dresden, Vorbereitungsgruppe der Libertären Tage 2011, ART Dresden, Jens Thöricht, Mitglied des Vorstandes der LINKEN in Sachsen, Antifa Görlitz, antifa gruppe 5 Marburg, Kerstin Köditz – Mitglied des sächsischen Landtags für die LINKE, Juso Hochschulgruppe Dresden, Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen, AKuBiZ e.V. – Alternatives Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz, Alternatives Zentrum Conni Dresden, Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. – Wurzen, Antifaschistische Union Dortmund, Antifa Lausitz

Rechtes Magazin „Zuerst!“ – das Allerletzte am Kiosk

Hamburg. Mehrere AktivistInnen des ‚Hamburger Bündnis gegen Rechts‘ besuchten am 22.7.2011 den „K presse + buch-Kiosk“ im Dammtorbahnhof, um gegen den Verkauf des extrem rchten Mo-

natsmagazins „Zuerst!“ zu protestieren. Das Magazin „Zuerst!“ tritt den Versuch an, Rassismus, Nationalismus und antisemitische Verschwörungstheorien im unverfänglichen modernen Format eines Nachrichtenmagazins am Kiosk zu präsentieren. Zunächst wurde der diensthabende Verkäufer über unser Ansinnen informiert, „Zuerst!“ aus dem Angebot zu nehmen. Nach seinem Hinweis darauf, dass die „BHG Bahnhofs-Handels-Vertriebs GmbH“ dies bedauerlicherweise nicht erlaube, informierten ihn zwei Aktivistinnen über bereits praktizierte Möglichkeiten, extrem rechte Presse aus dem öffentlichen Verkauf heraus zu nehmen.



Zuerst! – Das Allerletzte!
Keine rechtsextreme Propaganda am Kiosk

Liebe Leserinnen und Leser, sehr geehrte Einzelhändler und Einzelhändlerinnen!

Seit Dezember 2009 liegt in vielen Zeitungskiosken und Buchhandlungen das Monatsmagazin Zuerst! aus. Häufig in einem Fach mit den großen Nachrichtenmagazinen wie „Der Spiegel“ oder „Focus“. Doch die wenigsten Geschäfte wissen bislang, was für eine Zeitschrift und Ideologie sie verkaufen. Verleger ist der langjährige braune Strippenzieher Dietmar Munier aus Schleswig Holstein. Vertrieben wird die neue Nazipostille dagegen von einem als seriös angesehenen Partner: einer 100%igen Tochtergesellschaft des Hamburger Bauer-Verlages, der Verlagsunion.

Die neue Zeitschrift, sieht sich als das rechte Pendant zum Spiegel sein. Sie steht inhaltlich allerdings eher auf dem Niveau der Nationalzeitung. Mit den Dauerbrennern wie „nationale Identität“, „Kulturkampf“, Gezeter gegen „political correctness“, Meinungsfreiheit für Holocaustleugner und kaum verhohlenem Rassismus unterscheidet sich Zuerst! nicht von anderen Blättern aus dem rechten Sumpf. Die braune Illustrierte ist gespickt mit Anzeigen der extremen Rechten, zu allererst natürlich mit denen aus dem Verlagshause Munier.

Brauner Drahtzieher als Verleger

Zuerst!-Verleger Munier und einige seiner Schreiberlinge kommen aus den Reihen der NPD bzw. rechtsextremer, völkischer oder militaristischer Journaille. Früher lud Munier zu Wehrsportübungen ein. Inzwischen hat er sich auf den „Kampf um die ehemaligen deutschen Ostgebiete“ spezialisiert. Wegen seiner revanchistischen Tätigkeiten erhielt Munier Einreiseverbot in Russland. Er gilt in der Szene als potenter Geldgeber, einflussreicher Mann im Hintergrund und Arbeitgeber für Neonazis. Mit seinem extrem rechten Verlagswesen nimmt er eine Scharnierfunktion zum organisierten Neofaschismus ein.

Bauer Media Group: Geld stinkt nicht? Brauner Mist schon!

Munier fand für seine Postille mit der Verlagsunion einen der größten Zeitschriftenvertriebe Deutschlands. Nur durch die Bauer-Tochter konnte es Munier gelingen, seine Nazizeitung über Bahnhofskioske etc. auch in dem letzten Dorf zu verkaufen. Der Bauer-Verlag ist mitverantwortlich, wenn Nazipropaganda überall erhältlich ist.

STOPPT NAZIPRESSE
PRODUKTION • VERTRIEB • VERKAUF

Bei der anschließenden Verteilung der Flyer an Kund_innen des Kiosk und Nutzer_innen des Bahnhofs zeigte sich, dass sie dem Verkauf von brauner Propaganda nicht zustimmen.

Nach etwa einer halben Stunde bemühte sich die Bahnpolizei erfolglos, die Verteilaktion mit dem Hinweis zu unterbinden, dass ein Verteilen im Bahnhof (Privatbesitz) verboten sei. Hier half ein Verweis auf ein Urteil des Verfassungsgerichts von Januar 2011, wonach Flughäfen und Bahnhöfe mittlerweile auch zum öffentlichen Raum gezählt werden können. Nachdem die Bahnpolizei die geltende Rechtsprechung schließlich auch ergoogelt hatte, konnte die Flugblattaktion unbehelligt weitergeführt und abgeschlossen werden.

nach PM HbgR vom 22.7.11 ■

Bundesregierung verteidigt Rentenbetrug an jüdischen Nazi-Opfern

BERLIN. „Zehntausende jüdische Nazi-Opfer werden weiterhin um mehrere Jahre ihres Rentenanspruchs betrogen“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, anlässlich einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion. Jelpke weiter: „Jüdische Überlebende des Holocaust, die in Ghettos gearbeitet haben, haben einen Anspruch auf Rentenzahlungen. Ein im Jahr 2002 verabschiedetes Bundesgesetz sah vor, dass diese Zahlungen rückwirkend ab dem Jahr 1997 vorzunehmen sind. Bei den allermeisten Betroffenen wird die Rente aber erst rückwirkend zum Jahr 2005 ausgezahlt.

In den ersten Jahren der Regelung waren 56750 Rentenanträge abgelehnt worden – mit dem perfiden Vorwand, die Ghettobewohner hätten ‚nicht freiwillig‘ gearbeitet und keine Bezahlung erhalten. Diese inhumane Praxis wurde erst 2009 vom Bundessozialgericht gekippt, das festlegte, auch Tätigkeiten, die nur mit Lebensmitteln entlohnt worden waren, müssten in die Rentenberechnung einfließen.

Nach diesem Urteil wurden alle früheren Ablehnungsbescheide überprüft und in fast der Hälfte der Fälle in Bewilligungen umgewandelt. Doch unter Berufung auf ‚die im allgemeinen Sozialrecht geltende Rückwirkung von vier Kalenderjahren‘ wird ihnen die Rente nicht, wie vom Gesetz ursprünglich gewollt, rückwirkend ab 1997, sondern erst ab 2005 gewährt – vier Jahre vor dem Bundessozialgerichtsurteil. Das bedeutet: Die ursprünglich fehlerhafte Entscheidungspraxis der Rentenversicherer wird nun den Ghetto-Rentnern zur Last gelegt. Sie werden um bis zu acht Jahre Rentenanspruch betrogen.

Die Bundesregierung deckt diesen Betrug und verkauft ihn sogar noch als großartige humanitäre Leistung: Rechtlich möglich wäre auch gewesen, überhaupt nichts rückwirkend zu bezahlen, so ihre Ausführungen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, sofort dafür zu sorgen, dass die hochbetagten Nazi-Opfer ihren vollen Rentenanspruch erhalten. Dabei ist höchste Eile geboten. Über die Hälfte der nachüberprüften Fälle kann schon jetzt nicht mehr beschieden werden, weil beispielsweise die Betroffenen verstorben sind und kein Rechtsnachfolger bekannt ist.“

Die Anfrage und die Antwort der Regierung können unter www.ulla-jelpke.de nachgelesen werden

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Konzert gegen NPD-Landtagseinzug

„Laut gegen Rechts – Nazis aus dem Takt bringen“, 2. September 2011, Einlass ab 13 Uhr, Schweriner Marstallhalbinsel. Der Eintritt ist frei. Infos: laut-gegen-rechts.de

Am 2. September spielen Polarkreis 18, Tim Bendzko, Luxuslärm, Jenix und andere bekannte Bands unter dem Motto Laut gegen Rechts – Nazis aus dem Takt bringen“ auf der Schweriner Marstallhalbinsel. Am Rande dieser open-air-Veranstaltung stellen Initiativen ihre Projekte für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Rassismus vor.

Veranstalter ist die überparteiliche Kampagne „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“. „Alle sind aufgerufen, zu verhindern, dass die rechtsextreme NPD noch eine weitere Wahlperiode im Landtag in Mecklenburg-Vorpommern sitzt“, sagt Timo Reinfrank von der Amadeu-Antonio-Stiftung. „Viele Initiativen klären seit langem über die NPD-Wahlkampfstrategien auf. Dass jetzt, zwei Tage vor der Wahl, auch Künstlerinnen und Künstler ihre Popularität nutzen, um laut gegen rechts aufzutreten, ist eine erfreuliche Aktion“, so Reinfrank.

PM Laut gegen Rechts in Mecklenburg-Vorpommern, 2.9.2011 ■

Hintergrundinformationen zur NPD in Mecklenburg-Vorpommern: www.amadeu-antonio-stiftung.de/kein-ort/mv

Nazianschlag auf Engelhardt

AACHEN. Auf Manfred Engelhardt und seine Familie ist ein Brand- und Farbsanschlag veruebt worden. Engelhardt wollte mit dem Rolling-Stones-Club Aachen/Stolberg und dem Gewerkschafterkreis Aachen am 27.8.11 ein Konzert gegen Rechts in Brand veranstalten. Daraufhin veröffentlichte die berüchtigte Nazibande „Kameradschaft Aachener Land“ am 14.8.2011 einen Bericht mit Foto. Aus dem Bericht ging hervor, dass Manfred Engelhardt in der Nähe des Veranstaltungsortes wohnt. Kurz darauf – am Morgen des 15.08.2011 – kam es zu dem Brandanschlag und der Farbbeutelattacke. @Aufgrund der Veröffentlichung auf dieser Nazi-Webseite gehen wir davon aus, dass der Anschlag von Neonazis durchgeführt wurde, so die VVN/BdA Aachen. Wir erklären uns solidarisch mit Manfred Engelhardt, seiner Familie und allen Opfern von Nazigewalt. Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich gegen Naziterror zusammenzuschließen und den Nazis angemessen entgegenzutreten. ... Wir bedauern, dass die Veranstalter das für den 27.8.2011 geplante Konzert jetzt kurzfristig abgesagt haben, verstehen aber, dass ein Schutz durch die Polizei in Aachen wenig viel versprechend erscheint. Es kann aber auf Dauer nicht richtig sein, wenn wir uns von dem Terror der Nazis einschüchtern lassen und vor ihnen zurückweichen. Wir werden deshalb in Kürze zusammen mit anderen antifaschistischen Gruppen erneut ein Konzert der Reihe „Fight Fascim“ im Raum Aachen durchführen.

Für Samstag, 27.8.2011 rufen wir auf zu einer antimilitaristischen und antifaschistischen Fahrraddemo durch Aachen zu markanten Plätzen damaligen und heutigen Naziterrors gegen Menschen in Aachen. Manfred Engelhardt und auch das AZ Aachen werden bei dieser antifaschistischen Fahrraddemonstration über ihre Situation berichten. *VVN-BdA Aachen* ■

„Festkommers“ zum 50.

„Burschenschaftliche Gemeinschaft“ (BG) lud ein

München. Von Freitag, 15. Juli, bis Sonntag, 17. Juli 2011 feierte die „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ (BG) in München das 50-jährige Bestehen des Verbands. Höhepunkt der Feierlichkeiten war ein „Festkommers“ der ca. 150 Teilnehmenden am Samstag Abend in München-Pasing. Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm) und a.i.d.a. fassen die Ereignisse des Wochenendes zusammen.

Freitag Abend

Ein „Antrunk auf dem Haus der Danubia“ sollte das Festwochenende der Burschenschafter einläuten. Deren Interesse blieb jedoch äußerst gering. In der von Polizei bewachten und teilweise abgesperrten Möhlstraße in Bogenhausen herrschte große Leere, nur wenige „Bundesbrüder“ gingen „aufs Haus“ der extrem rechten Korporation.

Samstag: Demonstration

Der Tag des Festkommerses der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ gehörte zunächst einmal den antifaschistischen und antisexistischen Kritiker_innen: 300 Menschen trafen sich um 16.30 Uhr auf dem in der Nähe der Burschenschaften „Danubia“ und „Cimbria“ gelegenen Prinzregentenplatz in München-Bogenhausen.

In einer Mischung aus queer-feministischer Parade und Antifa-Demonstration zogen die Gegner_innen der BG anschließend durch den Stadtteil und an den Häusern der beiden BG-Mitgliedsbünde vorbei. In Redebeiträgen wurde über Burschenschaften in Geschichte und Gegenwart, über die „Burschenschaftliche Gemeinschaft“, ihre völkische Ideologie und die Münchner BG-Mitgliedsbünde informiert sowie „Traditionen“, Männerbündelei und Elitarismus studentischer Verbindungen kritisiert. Das ZDF berichtete am Abend mit einem Filmbeitrag in den „heute“-Nachrichten über die Proteste.

Samstag: Schleusung zum Kommers

Das Verhalten der Burschenschafter der BG glich zu diesem Zeitpunkt eher einer Aktion der neonazistischen Szene: Eine Medienberichterstattung war nicht erwünscht, die Teilnehmer des Kommerses wurden konspirativ zu mehreren Schleusungspunkten gelotst.

Über einhundert – allesamt männliche – Teilnehmer trafen sich am Bogenhausener Schleusungspunkt in der Maria-Theresia-Straße 20. Diese Adresse ist gleichzeitig die Anschrift der Villa der Münchner Burschenschaft „Arminia-Rhenania“. Dies ist vor allem deshalb interessant, da die „Arminia-Rhenania“ (prominentestes Mitglied: Der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl) nicht der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ (BG) angehört. Dazu passt jedoch, dass die BG sich anschließend bei der VAB München („Vereinigung Alter Burschenschafter“) für die Mithilfe bei der Durchführung des Festkommerses bedankte. In der VAB München sind zahlreiche „Alte Herren“ aus Burschenschaften in- und außerhalb der BG zusammengeschlossen, darunter Angehörige eben jener „Arminia-Rhenania“. Dies verdeutlicht, dass viele Burschenschaften – auch in München – nach wie vor mit der extrem rechten BG zusammenarbeiten.

Um 19.00 Uhr trafen zwei von der BG angemietete Reisebusse in Bogenhausen ein. Nach einem Halt am Friedensengel fuhren sie zehn Minuten später am Schleusungspunkt in der Maria-Theresia-Straße vor. Die Polizei setzte sich für die Rechtsaußen-Burschenschafter wie für einen Staatsbesuch ein: Die Busse eines Münchner Unternehmens wurden von Polizeimotorrädern, ziviler und uniformierter Polizei eskortiert, nach Augenzeug_innenberichten wurden für den Konvoi teilweise sogar Straßenabschnitte komplett gesperrt. Passant_innen wurden dagegen von USK-Polizist_innen ruppig abgewiesen, Zuschauer_innen mit Platzverweisen belegt, selbst Medienvertreter_innen wurden zu diesem Zeitpunkt „Personenkontrollen“ durch die Polizei unterzogen.

Antifaschistische Demonstration des ‚Bash Back‘-Bündnisses. Foto: de.indymedia.org

Festkommers in München-Pasing

Über den Englischen Garten und den Mittleren Ring fuhren die Burschenschafter-Busse nach München-Pasing. Der bis dato geheim gehaltene Ort des Festkommers entpuppte sich als Saal des „Hotels zur Post“ in der Bodenseestraße.

Nach dem Rauswurf im „Sudetendeutschen Haus“ hatte die BG um den 7. Juli 2011 telefonisch und schriftlich hier den neuen Saal für 120-150 Personen angemietet. Als Mieter trat für die „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ dabei der Unterhachinger Oswin T. auf. Dieser ist „Alter Herr“ der extrem rechten „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“ und war im Jahr 2008 laut der „Deutschen Burschenschaft“ Kontaktperson für die VAB München. Als im Oktober 2009 Münchner Burschenschaften einen Kommers im „Sudetendeutschen Haus“ veranstalteten, stand Oswin T. namentlich unter den Einladungen der „Vereinigung Alter Burschenschafter“ und der örtlichen Münchner Burschenschaften.

Das „Hotel zur Post“ dürfte als Veranstaltungsort gezielt ausgewählt worden sein, denn hier hatten in der Vergangenheit bereits Kommerse anderer Münchner Korporationen stattgefunden. Im Jahr 2005 war das Pasinger Hotel zudem Ort einer „parteiübergreifenden“ Großveranstaltung („Politisches Neujahrstreffen“) der extremen Rechten und der Neonaziszene mit etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewesen.

„Zur Post“-Pächter Fritz Schön sah kein Problem darin, seine Räume erneut für eine rechte Großveranstaltung zur Verfügung zu stellen: „Wenn der Staat solche Organisationen nicht wünscht, soll er sie verbieten“ sagte der seit vier Jahrzehnten in der CSU organisierte Hotelier zu einem Medienvertreter. Appelle an die Zivilcourage von Gastwirtinnen und Gastwirte, wie es sie in den vergangenen Jahren beispielsweise vom „Deutschen Hotel- und Gaststättenverband“ oder vom Münchner Oberbürgermeister Christian Ude gegeben hatte, seien ihm „egal“.

18 in Phantasieuniformen gekleidete „Chargierte“ aus österreichischen und deutschen Mitgliedsbünden der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ nahmen auf der Bühne ihre Plätze ein, unter ihnen saßen im schmucklosen Saal knapp 150 Burschenschafter an langen Tischreihen. Einer Veröffentlichung der „Burschenschaftlichen Blätter“ (Chefredakteur: der BG-Aktivist Norbert Weidner) zufolge ist am Abend der Vorsitz der

→

Nazis scheitern in Bielefeld

Wie in den AN Nr. 16 berichtet versammelten sich am 6. August in Bad Nenndorf ca. 600 Neonazis gegen.deren Auftreten über 2000 Menschen protestierten.

Nach dem „Trauermarsch“ hatten die Nazis zum Aufmarsch nach Bielefeld aufgerufen. Auf indymedia war dazu zu lesen: „Naziaufmarsch komplett verhindert. Exakt 30 Meter konnten die knapp 150 Nazis zurücklegen, die nach ihrem von AnwohnerInnen verursachten Debakel in Bad Nenndorf am Abend des 6.8.2011 noch durch Bielefeld marschieren wollten.

Als die Nazis den Hbf Bielefeld mit einer Stunde Verspätung erreichten, war der gesamte Vorplatz durch gut 500 Menschen aus einem breiten Bündnis blockiert. Diese hatten ihr Recht auf zivilen Ungehorsam wahrgenommen, indem sie nach Ende einer genehmigten Kundgebung vor dem Bahnhof verblieben waren und die Aufforderungen der Polizei zum Verlassen des Platzes gelassen ignoriert hatten. In den Nebenstraßen und entlang der ersten 300 Meter der vorgesehenen Aufmarschroute hatten sich unterdessen weitere 400-500 eher aktionsorientierte Menschen versammelt. Die Zusammensetzung reichte hier von der klassischen Antifa-/linken Szene über erstaunlich viele „Alt-Autonome“, Sportgruppen aus verschiedenen Städten, alle denkbaren Subkulturen, migrantische linke Gruppen bis hin zu 50 Personen aus der örtlichen Fußballszene. Kurz gesagt: Alles war angerichtet. ...

Auf seiten der Nazis waren vor allem Gruppen aus dem Großraum Köln/Düren/Aachen sowie dem gesamten Ruhrgebiet vor Ort.

Fazit: Für ein paar wenige Tage Mobilisierungszeit und die Doppelbelastung durch Bad Nenndorf hat Bielefeld recht Großes auf die Beine gestellt. Besonders eindrucksvoll war die bunte Zusammensetzung und große Konsequenz.“

bee

Quelle: indymedia 7.8.2011 ■



Foto: Karin Richert

„Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ von der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“ an die „Wiener akademische Burschenschaft Teutonia“ übergeben worden.

Nach dem Festkommers stand um 24.00 Uhr noch ein „Abtrunk (...) auf dem Haus der Cimbria“ in der Cuivillésstraße auf dem Programm. Doch die Heimreise verzögerte sich, denn die zum Teil heftig alkoholisierten Burschenschafter warteten vergeblich auf die Reisebusse, die sie wieder zurückbringen sollten. In einer Flotte von etwa 30 Taxen ließen sie sich schließlich zur „Burschenschaft Cimbria“ nach Bogenhausen chauffieren, wo die letzten Teilnehmer erst nach ein Uhr eintrafen.

Sonntag: Zum Abschluss ein „Frühschoppen“

Im „Hofbräukeller“ am Wiener Platz fand der abschließende (ebenfalls geheim gehaltene) Programmpunkt des rechten Burschenschafter-Treffens statt. Organisiert hatte es die VAB München: Knapp 50 Korporierte fanden sich am Sonntag Mittag an zehn vorreservierten Tischen im „Hofbräukeller“-Biergarten zum „Frühschoppen“ ein. Unter den Versammelten, die größtenteils Burschenschafterbänder und -mützen trugen, befanden sich unter anderem der Münchner „Deutsche Burschenschaft“-Verbandsfunktionär Maximilian Reingruber („Burschenschaft Danubia München“, „Burschenschaft Germania Salzburg“) und Klaus Goebel (München). Rechtsanwalt Goebel war in der Vergangenheit für die nazistische Organisation „Stille Hilfe“ tätig, die NS-Tätern auf der Flucht oder vor Gericht beistand.

www.aida-archiv.de ■

Von Steinen und Glashäusern: Neues von der Pro-Bewegung

Köln. Auf eines können sich die Mitglieder des Kölner Stadtrates verlassen: Dank Pro Köln verlieren die Worte „Sommerloch“ oder gar „Sommerpause“ immer mehr an Bedeutung. Wie schon in den vorherigen Jahren beantragt die braune Truppe auch im Sommer 2011 wieder einmal eine Sondersitzung des Rates. Das scheint eine der Lieblingsbeschäftigungen von Beisicht und Konsorten zu sein. Die Sondersitzung wird viel Geld kosten, das letzten Endes die Kölner Bürgerinnen und Bürger zu bezahlen haben – also genau die Menschen, für die sich Pro Köln angeblich doch so einsetzt. Aber das ist nicht Neues: Auf der einen Seite wird gegen Steuerverschwendung und den Klüngel gehetzt, auf der anderen Seite scheut man sich nicht, teure Sondersitzungen zu beantragen, solange diese nur der eigenen rechten Propaganda dienen. Da fällt einem doch glatt das Sprichwort wieder ein: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Auch 2011 haben sich die ‚proler‘ ein ihrer Meinung nach höchst brisantes Thema aus den Rippen geschnitten: Es geht um den gerne zitierten Linksextremismus. Der Stadtrat soll in der Sondersitzung eine Resolution verabschieden unter dem Motto: „Demokratische Ratsfraktionen solidarisch gegen politische Kriminalität: Verurteilung linksextremer Straftaten gegen Pro Köln und Stopp jeglicher Zusammenarbeit mit linksextremen Kreisen in der Domstadt!“. Anlass ist ein Farbbeutel-Anschlag, der auf das Büro der Fraktion verübt worden sein soll – natürlich von „Linksextremisten“. Wer oder was diese Linksextremen überhaupt sein sollen und warum eine solche Resolution nicht bis nach der Sommerpause warten kann, wissen wohl nur die Rassist_innen selber. In dem Antrag heißt es unter Anderem: „Es muss ein breiter Konsens darüber herrschen und nach außen kommuniziert werden, dass die politische Auseinandersetzung in einem demokratischen Rechtsstaat niemals Formen der Einschüchterung oder gar Straftaten mit einschließen kann.“

Was die Pro-Funktionäre damit meinen, konnte man gerade in Berlin sehen: Dort wurde der Bonner Pro-NRW- Kreisvorsitzende Detlev Schwarz von der Polizei festgenommen, weil er beim Plakateaufhängen einen Libanesen mit einem Hammer bedroht und anschließend einen Zivilpolizisten mit Pfefferspray attackiert hatte. Auch Herr Schwarz sei an das Sprichwort mit dem Glashaus erinnert.

jk ■

Spannnende European Network Academy

Freiburg. Von 9. bis 14. August fand in Freiburg im Breisgau die European Network Academy (europäische Sommerakademie von Attac) statt. Rund 1300 Menschen nahmen daran teil – vor allem AktivistInnen aus sozialen Bewegungen und Linke. Es gab ein dichtgedrängtes Programm mit einer Fülle von Seminaren, Workshops und Debatten.

Aus der Fülle der Veranstaltungen möchte ich nur einige wenige highlights herausgreifen. Donnerstag am Abend gab es ein von Hugo Braun moderiertes Streitgespräch zwischen Alessandra Mecozzi (FIOM/ CGIL) statt, Alexandra Strickner (Attac Österreich), Cristina Asensi (Spanien M15 – also die „indignados") und Ulrich Brand statt.

Sichtbar wurde die Breite der Initiativen, neuen Bewegungen und deren kreative Vorschläge. Klar wurde jedoch auch, dass „Bewegung" allein noch nicht grundsätzliche Veränderung bedeutet. In Spanien etwa hatte und hat die Bewegung riesiges Ausmaß. Bei den Kommunalwahlen allerdings räumten die Konservativen ab. Eine Entwicklung, die es tief zu reflektieren gilt: verständlich ist der „Ekel" vor der offiziellen Politik, was aber nicht bedeuten kann, die allgemeine politische Situation oder auch das bürgerliche Parlament schlicht zu „ignorieren". Um ein kämpferisches, linkes politisches Projekt kann kein „Umweg" gemacht werden.

In einem workshop, an dem auch Horst Schmitthnner von der IG Metall teilnahm ,wurde kritisch der Sozialforumsprozess bilanziert. Insbesonders was Europa betrifft gab es eine harsche (Selbst)einschätzung. Die mehrheitliche Schlussfolgerung daraus: mit konkreten Schritten – wie sie in Paris und Budapest beschlossen wurden – der Krise begegnen, anstatt gebetsmühlenartig bloß den aktuellen Stillstand festzuhalten.

‚Transform!-Europa' organisierte ein sehr gut besuchtes Seminar: „Soziale Bewegungen und Parteien – Synergiepotential und Grenzen der Kooperation". Auch hier gab es weitestgehende Übereinstimmung über den umfassenden Charakter der kapitalistischen Krisen. Offen blieb aber, mit welchem Projekt und mit welcher Bündnispolitik („neuer historischer Block" – Gramsci) dem Desaster zu begegnen wäre: bloß mit einer „reformerischen Alternative" (Verteidigung der „republikanischen Institutionen", Kooperation mit dem „produktiven", mittleren- Kapital gegen die „Finanzhaie",....) oder ein radikales Projekt im Sinne von Marx, das auf die Grundstrukturen des kriselnden Kapitalismus zielt und auch dementsprechende Forderungen formuliert: etwa radikales Schuldenstreichen für Griechenland, Aufbau von Gegeninstitutionen zum bürgerlichen Staatsapparat, Selbstverteidigungsorgane gegen die extreme Rechte etc. – also Forderungen, die am Heute ansetzen , aber deren Realisierung über die bürgerliche Gesellschaft hinausweist.

Schließlich sei noch das zweitägige Seminar zum internationalen Rechtsextremismus erwähnt. Veranstaltet wurde es gemeinsam vom „network against the far right" (einem Netzwerk im Rahmen des ESF) und transform!-Europa.

Neben einer allgemeinen Einschätzung (Krisen des Kapitalismus, soziale Fragmentierung, „Hoffnungslosigkeit" auf breiter Grundlage … – Faktoren, die die extreme Rechte mit nationaler und sozialer Demagogie auszuschlachten versucht) wurden insbesonders die Lage in Norwegen nach dem Massaker durch einen christlichen Fundamentalisten, die tea party in den USA und die Situation in Osteuropa diskutiert.

Alle TeilnehmerInnen waren sich einig, dass Rechtspopulismus und Rechtsextremismus schon längst in der „Mitte der Gesellschaft" angelangt sind und auch dementsprechend agiert werden muss: der neoliberale mainstream, der zunehmend autoritärer wird, muss ins Fadenkreuz genommen werden. Er fragmentiert die Gesellschaft und bereitet so den Boden für die extreme Rechte in all ihren Schattierungen auf.

Am Sonntag wurden eine Reihe von Aktionen gegen die kapitalistischen Krisen vorgestellt und beschlossen: Sso wird im Oktober EUROPAWEIT mobilisiert. Ausgehend von Madrid gibt es einen Marsch nach Brüssel. Höhepunkt der Aktionen ist der 15. Oktober, wo es in möglichst vielen Ländern zu Veranstaltungen, Kundgebungen und Demos kommen wird.

Hermann Dworczak (Aktivist im Austrian Social Forum) ■

Nazi-Event in Leipzig gescheitert

Leipzig. Die für den 20. August angesetzte NPD-Kundgebung in Leipzig hat nicht stattgefunden. Stattdessen mussten die Nazis an einen weit unattraktiveren Ort ausweichen: In Roda/Mutzschen (östlicher Landkreis Leipzig) wurde eine Ersatzveranstaltung angemeldet worden und zwar in einem Steinbruch, der zum Grundstück des NPD-Landtagsabgeordneten Winfried Petzold gehört. Eine Zugverbindung dorthin gibt es nicht. Frank Rennicke ist vorzeitig abgereist.

Erfreulich: Die Zahl der tatsächlich nach Leipzig angereisten Nazis kratzte lediglich an der Hundertermarke. Ursprünglich wollten die Kameraden eine „Kundgebung mit Musikkonzert" am Völkerschlachtdenkmal abhalten. Dies war von der Stadt Mitte der Woche verboten worden, nachdem die Polizei wegen angeblich fehlender Einsatzkräfte den „Notstand" ausrief. Das Verbot umfasste auch alle Gegenveranstaltungen, viele Anmelder wandten sich ans Verwaltungsgericht. Dieses widersprach der Polizeiauffassung und ließ einige Veranstaltungen wieder zu: Zum einen die NPD-Kundgebung – nun allerdings am Hauptbahnhof. Zum anderen zwei Gegenkundgebungen des Bündnisses „Leipzig nimmt Platz", die laut Richtern „in Rufweite" ermöglicht werden müssen.

Das sah die Stadt nicht so, legte Beschwere ein und bekam dann noch in der Nacht Recht: Das Bautzner Oberverwaltungsgericht hat die Kundgebungsverbote wieder inkraft gesetzt. Ein Eilantrag der NPD beim Bundesverfassungsgericht wurde nicht zur Entscheidung angenommen, das wurde am 6.8. erst gegen 11 Uhr klar. Die NPD wollte zu genau der Zeit beginnen und hatte am Morgen erklärt, man werde so lange am Hauptbahnhof ausharren, bis eine Entscheidung aus Karlsruhe vorliegt.

Am Hauptbahnhof war als einer unter wenigen auch Versammlungsleiter und NPD-Landtagsmitglied Andreas Storr erschienen – in der vergeblichen Hoffnung, seine Kundgebung abhalten zu dürfen.



Wegen des bestehenden Verbotes waren einige Nazis offenbar von der Polizei an der Zuganreise nach Leipzig gehindert worden. Andere erhielten bei Ankunft Platzverweise und durften den Bahnsteig nicht verlassen. Und einige verbringen den Rest des Tages damit, Rechtsrock in einem ostdeutschen Steinbruch zu hören.

Am Nachmittag endete eine spontan angemeldete Antifa-Demonstration mit 500 TeilnehmerInnen durch die Leipziger Innenstadt. Motto: „Das Problem heißt Sachsen – gegen Repression hier und überall" *indymedia, 20.8.11 http://20augustle.blogsport.de/* ■

Juden, Araber, Front National – und einige merkwürdige neue Bündnisse

Aus scheinbar sehr unterschiedlichen Richtungen kommen sie, die Protagonisten, die lautstark von sich behaupten, sich in der „neuen" extremen Rechten wiederzuerkennen. „Neu" deswegen, weil seit dem Wechsel an der Spitze desFront National (FN) – dem Übergang des Parteivorsitzes von Jean-Marie Le Pen auf seine Tochter Marine, am 16. Januar dieses Jahres – zum Teil ein anderer Tonfall angeschlagen wird.

Auf „Laizismus", „Republik" und sogar auf Frauenrechte bezieht die extreme Rechte sich seither positiv, jedenfalls verbal, während zuvor aus Rücksicht auf mehrere ihrer Unterströmungen – die, wie katholische Fundamentalisten und Monarchisten, einen negativen Bezug zu dem Umbruch von 1789 hatten – diese Vokabeln nicht Bestandteil ihres Wortschatzes waren.

Die Hauptsache ist dabei, dass die Rede sich in letzter Instanz eindeutig gegen einen Feind, in diesem Falle besonders die Einwanderer moslemischen Glaubens, richtet. Laut einer jüngsten Umfrage der Antirassismusvereinigung LICRA – bei der das Publikum nach einer Reihe von Begriffen im Zusammenhang mit dem FN befragt wurde – identifizieren immerhin 46 der Befragten die rechtsextreme Partei mit dem Begriff „Laizismus". 53 Prozent sehen den Front National nicht in Verbindung zu diesem Begriff stehen. Gleichzeitig sehen übrigens immer noch 60 Prozent der Befragten die Partei als eine „Gefahr für die Demokratie" an, obwohl dieser Wert gegenüber früheren Jahren rückläufig ist.[1]

Die scheinbar nicht mehr so stark mit historischen Nazi- oder Faschismus-Verbindungen belastete extreme Rechte macht es denen, auf die sie meistens schon vorher eine gewisse Anziehungskraft ausübte, nun leichter, sich offen zum FN zu bekennen. Das gilt nicht nur für den karrieristischen und mediengeilen Rechtsanwalt Gilbert Collard, der am 16. Juni 2011 zu den prominentesten Teilnehmern einer Tagung des neuen Think-Tank des FN – welcher auf den Namen „Club Idées Nation" hört – zum Thema „Die Republik und die rechtsfreien Räume" zählte. Collard referierte dort stundenlang, legte aber gegenüber den Pressevertretern Wert darauf, er sei „pro-Marine, aber nicht pro-FN", jedenfalls nicht Mitglied des FN. Vergessen wird durch die Medien, die das „Neue" an solchen öffentlichen „Tabubrüchen" zugunsten der extremen Rechten herausstreichen, dass etwa Collard – obwohl früher Kommunalwahlkandidat bürgerlicher Kleinparteien – schon lange im weiteren Umfeld der extremen Rechten unterwegs war. So war er in den Jahren ab 1990 der Anwalt des FN, als die Partei sich dagegen wehrte, mit der Schändung des jüdischen Friedhofs in Carpentras in Verbindung gebracht zu werden. Gilbert Collard machte damals auf sich aufmerksam, indem er laut hinausposaunte, er habe die „Lösung" des Falls, der „innerhalb von Wochen" zur Aufklärung kommen werde: Nicht Rechtsextreme hätten die antisemitische Schändung begangen, sondern „Kinder aus besserem Hause", aus der Oberschicht von Carpentras, die sich gelangweilt und Rollenspiele auf den Friedhöfen veranstaltet hätten. Die wirklichen Täter flogen dann im Juli 1996 war: Es waren tatsächlich Neonazis, auch wenn sie nicht direkt mit dem FN zu tun hatten – bis auf einen, der zeitweilig dessen Parteimitglied gewesen war, dem die Sache dann aber zu „schlapp" geworden war.

Jüdische Rechtsextreme proklamieren „kritische Unterstützung" für den FN

Neue Unterstützer rekrutieren konnte die rechtsextreme Partei auch in Bevölkerungsgruppen, aus denen man normalerweise generell eher eine Ablehnung dieses politischen Spektrums erwartet. Durch ein Kommuniqué vom 15. Juli 2011 wurde bekannt, dass die Ligue de défense juive (LDJ) nunmehr dem Front National in einer Erklärung ihre „wachsame Unterstützung" (soutien vigilant) versichert hat. Die extrem rechte „Jüdische Verteidigungsliga", die mit Teilen des nationalreligiösen Spektrums und der Siedlerbewegung in Israel in Kontakt steht, hatte aber auch bislang Kontakte in den FN hinein; ihr damaliger Chef nahm am „Präsidentschaftskonvent" Jean-Marie Le Pens im November 2006 teil.[2] Allerdings bekämpfte sie in dessen Umfeld den Einfluss der judenfeindlichen Strömungen, während sie sich nach Kräften bemühte, jene Teile des FN-Spektrums zu fördern, der den anti-arabischen oder anti-muslimischen Rassismus in den Vordergrund stellt.

In einer neuen Pressemitteilung vom Freitag, den 22. Juli 11 relativierte sie ihre Unterstützung jedoch etwas; sie behauptete nun, „keine politische Partei" vertrete ihre Bevölkerungsgruppe. Dennoch bezeichnete sie „die Positionen des FN gegen die Islamisierung" in dieser Stellungnahme, in positivem Sinne, als „bedeutenden Schritt" angesichts der „dringlichen politischen Erfordernisse in unserem Land".

Aus der antisemitischen Ecke heraus kam wiederum eine heftige Reaktion. Unter der Überschrift „Neue zionistische Manöver" veröffentlichte die Webseite der NDP (Nouvelle Droite Populaire, ungefähr „Den kleinen Leuten verbundene Neue Rechte") am Samstag, den 23. Juli 11 eine Stellungnahmen des berüchtigten Rassenideologen Pierre Vial aus dem Raum Lyon. Vial, Chef einer kleinen völkischen Gruppe unter dem Namen ‚Terre & peuple' („Volk und Erde") schreibt dort: *„Eine Information der ‚Canard enchaîne'* (Wochenzeitung) *aufgreifend, erklärt Robert Spieler"* – *der derzeitige Chef der NDP* – *„in ‚Rivarol'* (Anm.: der altfaschistischen Wochenzeitung) *vom 15. Juli 11, dass Marine Le Pen allwöchentlich mit Shana Aghion zusammentrifft, einer Offizierin der israelischen Armee, die für eine Sicherheitsagentur arbeitet, welche eine Zulassung durch das israelische Verteidigungsministerium besitzt. Im Klartext, diese Dame ist eine Agentin des Mossad. Treffen sie sich nur zum Teetrinken? Wer weiß.*

Aber es ist zweifellos kein Zufall, dass Marine Le Pen derzeit ein Manifest vorbereitet, das als Glaubensbekenntnis des FN in Sachen Ablehnung des Rassismus und des Antisemitismus angekündigt wird. Was natürlich verdienstvoll ist – und ihm (dem FN) *sicherlich die Milde der Hintermänner der Macht eintragen wird."*

Pierre Vial suggeriert hier, dass die – im antisemitischen Jargon gesprochen – jüdischen „Strippenzieher" dabei seien, sich den FN einzukaufen. Ein altbekannter Topos in einschlägigen Kreisen, denen der rechtsextremen „Dissidenten" des FN.

Zur selben Zeit wurde aus Marseille bekannt, dass ein junger Imam, Omar Djellil, am 1. Juli 2011 zusammen mit einem Regionalparlamentarier des FN, Stéphane Durbec, einen gemeinsamen Verein unter dem Titel Alliance République Ethique gründete. Wie manche anderen Einwanderer, vertritt auch Djellil den Standpunkt, der FN sei „wenigstens ehrlich" und alle anderen Parteien seien genauso rassistisch, aber auf versteckte Weise, also heimtückisch.

Dass er daraus den Schritt zog, bis zu einer offenen Annäherung an einen Regionalparlamentarier des FN zu gehen, liegt allerdings auch an der eigentümlichen Persönlichkeit von Durbec. Der von der Karibikinsel La Martinique stammende Franzose ist derzeit der einzige schwarze Regionalparlamentarier des FN. Gegenüber dem Verfasser dieser Zeilen erklärte er vor Jahren, diese Parteizu-

gehörigkeit sei für ihn der sicherste Nachweis, ein normaler Franzose zu sein: In seinen Jugendjahren hätten linke Mitschüler ihn immer für Aktionen gegen Rassisten gewinnen wollen, im Glauben, aufgrund seiner Herkunft sei er automatisch Antirassist. Dadurch habe er sich in eine Ecke gedrängt gefühlt. Bei dem Individuum Stéphane Durbec dürften aber auch persönliche psychologische Faktoren eine Rolle spielen.

Die Annäherung einzelner Muslime gerade in Marseille an rechtsextreme Kreise ist aber auch die Frucht des Wirkens der Anhänger von Alain Soral, der in das Einwanderermilieu hineinzuwirken versucht. Soral – der seit Februar 2009 nicht mehr dem FN angehört, aber phasenweise in Arbeitsteilung mit ihm tätig ist – tritt dabei mit klar antisemitischen Absichten auf, die er aber geschickt im Hintergrund zu halten versucht. In den letzten Jahren trat er oft unter dem Deckmantel einer Kritik an der israelischen Politik oder deren Militäraktionen, bevorzugt an Einwanderer mutmaßlich muslimischer Konfession heran. Oft ohne wirkliche Erfolge.

In jüngster Zeit ließ er jedoch in einem neunzigminütigen Interview, das am 24.5.2011 auf einer einschlägigen Webseite publiziert wurde (unter dem Titel „Alain Soral dechiffriert meisterhaft den Antizionismus“) und dort in voller Länge angehört werden kann, die Maske fallen. Darin verurteilt er klar den „Antizionismus“, denn dieser lebe von der Vorstellung, das Problem sei, dass der Staat Israel im Kontext des europäischen Kolonialismus geschaffen worden sei – und er behandele die Juden als potenzielle Opfer einer daraus erwachsenden Konfliktsituation. Alles Unsinn, kommentiert Soral dazu: Das Problem erwachse weder aus dem Kolonialismus noch aus dem kurz vor 1900 entstandenen Zionismus. Vielmehr sei das Judentum seit den Urzeiten der Thora ein Problem, weil seine Anhänger sich für ein auserwähltes Volk und alle Nichtjuden für Barbaren hielten. Nicht gegen den Zionismus, sondern gegen das Judentum als solches gelte es also zu sein. Im gleichen Atemzug zitiert Soral Klassiker des französischen Antisemitismus im 19. Jahrhundert – Alphonse Toussenel oder Edouard Drumont –, um zu begründen, eines der Hauptprobleme liege in der „Finanzoligarchie“.

Bernhard Schmid, Paris ■

Anmerkungen:
1 Vgl. http://www.licra.org/licra/sites/default/uploads/LICRA%20-%20Francais%20et%20le%20FN%20version%20presentation%20Vf.pdf
2 vgl. dazu http://www.trend.infopartisan.net/trd1106/t351106.html.

„Hiroshima-Nagasaki-Tage“

Köln. Alljährlich finden um den 6. August Veranstaltungen statt, die dem Gedenken an die Opfer des A-Bomben-Angriffs auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki 1945 sowie der der noch immer aktuellen Forderung „Atomwaffen abschaffen!“ gewidmet sind.

Nach mehrjähriger Pause konnte man in Köln wieder einen alten Freund begrüßen: Kazuo Soda, der als Vierzehnjähriger den Atombombenabwurf auf seine Heimatstadt Nagasaki überlebte und – mittlerweile ein alter Herr – seine ganze Energie in den Kampf gegen Atomwaffen steckt. Bei der Kundgebung am Dom am 6. August hielt er eine eindrucksvolle Rede, die auch unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima stand: Die Atomwaffen müssen vernichtet werden; zugleich braucht die Welt dringend ein Ende der Atomtechnologie überhaupt.

Wie in jedem Jahr wurde im Hiroshima-Nagasaki-Park am Gedenkstein der Opfer gedacht. Ein absolutes Highlight in diesem Jahr war ein hochklassiges Konzert des Bremer Frauen-Duos Hiroko Haag (Gesang) und Juliane Busse (Flügel), die ein eigenes Programm mit Lyrikvertonungen des zeitgenössischen Komponisten Wolfgang Rihm vortrugen, in das Tagebuchaufzeichnungen vom Atombombenangriff auf Hiroshima eingepasst waren, gelesen vom Kölner Schauspieler J. Krummenacher.

Elvira Högemann ■



Hiroshima-Nagasaki-Tage in Köln

Türkische Militäroperationen gegen kurdische Bevölkerung nicht hinnehmbar

Abgeordnete der LINKEN haben in einem gemeinsamen Appell die Bombardierung kurdischer Gebiete durch die türkische Armee verurteilt:

„Mit Bestürzung sehen wir eine erneute Zuspitzung in der Politik der Türkischen Regierung in der kurdischen Frage. In der Nacht auf Donnerstag bombardierten türkische Kampfflugzeuge mutmaßliche Rückzugsgebiete kurdischer Rebellen in den Bergen des Nordirak.

Gemeinsam mit den Regierungen des Iran und der USA wird auf eine rein militärische Lösung der kurdischen Frage orientiert. Auch türkische Bodentruppen versuchten, in den Nordirak zu gelangen.

Nach den Parlamentswahlen vom Juni verhinderte die AKP-Regierung unter Ministerpräsident Erdogan jeglichen Dialog mit den deutlich gestärkt ins Parlament gewählten Abgeordneten der prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP. Stattdessen setzte die Regierung Erdogan auf eine Ausgrenzung gewählter kurdischer Politiker aus dem Parlament, weitere Verhaftungen von BDP-Mitgliedern und eine Rhetorik der Gewalt. Selbst liberale Wissenschaftler und Publizisten in der Türkei hatten demgegenüber einen möglichen Friedensdialog unter Einbeziehung Abdullah Öcalans und der PKK eingefordert, den die kurdische Seite seit mehreren Jahren anstrebt.

Die von der türkischen Regierung betriebene einseitige Terrorzuschreibung gegenüber dem berechtigten Anliegen der kurdischen Bevölkerung ist nicht hinnehmbar. Widerstand gegen eine systematische Verleugnungs- und Unterdrückungspolitik des türkischen Staates gegenüber den Kurden ist völkerrechtlich legitim.

Wir protestieren aufs schärfste gegen die Angriffe dieser geostrategisch motivierten Allianz, die Öl- und Gasvorkommen im Mittleren Osten auf dem Rücken der kurdischen Bevölkerung sichern will.

Die Bundesregierung wäre gefragt, sofort weiteres, unnötiges Blutvergießen zu verhindern und politische Wege zu öffnen, anstatt den Konflikt durch die zunehmende Kriminalisierung der KurdInnen in Deutschland und weitere Waffenlieferungen an die Türkei zu vertiefen.“

Gemeinsame Pressemitteilung von Heidrun Dittrich (MdB Die Linke), Ulla Jelpke (MdB Die Linke), Ingrid Remmers (MdB Die Linke), Harald Weinberg (MdB Die Linke), BärbelBeuermann (MdL Die Linke, NRW), Cansu Özdemir (MdBÜ Hamburg), Yilmaz Kaba (Landesvorstand Die Linke Niedersachsen) Britta Eder (Rechtsanwältin) Martin Dolzer (Soziologe) Murat Cakir (Kolumnist der Tageszeitung Özgür Gündem) ■

Solange der Knast in Büren steht, werden wir wiederkommen!

NRW. Auch in diesem Jahr will die Bürengruppe Paderborn den Protest gegen Abschiebehaft an Deutschlands größtem Abschiebeknast wieder auf die Straße tragen. „Dabei ist der 30. August auch ein symbolisches Datum: an diesem Tag starb vor nunmehr 12 Jahren der Marokkaner Rashid Sbaai in einer Arrestzelle des Bürener Knastes", so die Gruppe in ihrem Aufruf. „Wir erinnern an seinen sinnlosen Tod, der ihn zu einem von vielen Opfern der bundesdeutschen Abschiebehölle machte. Abschiebungen stoppen – Knäste schließen!

Abschiebungen und Migrationskontrollen sind Akte staatlicher Gewalt, die wir ablehnen. Wir stellen ihnen das Recht auf Bewegungsfreiheit und ungehinderte Mobilität gegenüber. Aus diesem Grund sind wir solidarisch mit allen Kämpfen für ein Bleiberecht in Europa, und mit allen Menschen, die ihr Recht auf Bewegungsfreiheit heimlich oder offensiv durchsetzen.

Jeder Mensch hat das Recht, sein Land zu verlassen und in ein anderes zu reisen. Wer kommen will, soll kommen dürfen! Wer bleiben will, soll bleiben dürfen!

Abschiebehaft ist ein Instrument europäischer Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik, sie ist strukturelle Gewalt. Genau wie andere Sondergesetze für Migrant_innen in Deutschland dient sie alleine der Abschreckung und Einschüchterung. Sie wird benutzt, um Flüchtlinge gefügig zu machen, als Drohung und als Strafe. Etwa ein Drittel der Gefangenen sind sogar gegen geltendes Recht in Haft. Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Abschiebehaft!"

Kundgebung gegen Abschiebehaft am 30. August 2011 um 19:00 Uhr in Büren

Mehr Infos: Quelle: Bürengruppe Paderborn, www.aha-bueren.de ■

Weg mit dem Abschiebeknast!

Demo und Festival am 3.9.2011 in Ingelheim (bei Mainz)

Das Aktionsbündnis „Abschiebehaft abschaffen!" ruft zu einer Demonstration gegen das Abschiebegefängnis in Ingelheim am Samstag, den 3. September (Beginn: 14 Uhr, Ingelheim, Bahnhof) und im Anschluss daran zu einem antirassistischen Festival vor den Mauern des Knastes auf.

Seit 2001 existiert der Ingelheimer Abschiebeknast, in dem Flüchtlinge eingesperrt werden, die abgeschoben werden sollen, um zu verhindern, dass sie untertauchen und um sie psychisch zu zermürben. Erfolgt eine Abschiebung nicht direkt – etwa, weil wichtige Papiere fehlen – werden die Flüchtlinge in solchen Anstalten bis zu 18 Monaten inhaftiert.



Beim Ingelheimer Abschiebegefängnis handelt es sich um einen Hochsicherheitstrakt. Das heißt, die Gefangenen werden wie Schwerkriminelle behandelt. Dadurch soll nach außen der Eindruck vermittelt werden, diese Menschen seien gefährlich. Den Gefangenen gegenüber dient die Abschiebehaft der Repression und Abschreckung. Die Inhaftierten sind in kleinen Zellen untergebracht und haben am Tag nur eine Stunde lang die Möglichkeit, sich im Innenhof des Gefängnisses aufzuhalten. Nachdem sie unter Einsatz ihres Lebens Europa erreicht haben, werden sie hier nicht etwa unterstützt, sondern isoliert, ausgegrenzt und zurückgewiesen. Aufgrund der drohenden Abschiebung gibt es praktisch monatlich bundesweit zahlreiche Suizidversuche und Suizide in Abschiebegefängnissen!

Die Abschiebung ist das repressivste Instrument gegen Flüchtlinge und andere Migrant/innen. Sie soll Menschen, die auf einer gefährlichen Flucht ihr Leben riskierten, um hier Schutz oder schlicht ein besseres Leben zu finden, zeigen: „Ihr seid hier nicht erwünscht".

Die staatliche Bekämpfung hilfesuchender Menschen, die mit den Abschiebeknästen ihre stärkste Ausprägung findet, muss ein Ende haben! Schluss mit dem Rassismus!

Wir fordern die Schließung des Gefängnisses. Die Inhaftierten sollen freigelassen werden! Sie sollen ein Leben in Würde und Freiheit führen können und auf keinen Fall in einer JVA oder einem anderen Gefängnis eingesperrt werden!

Mit der Schließung des Trierer „Ausreisezentrums" (einer Abschiebeeinrichtung für Flüchtlinge, deren Identität als ungeklärt gilt), ist ein erster wichtiger Schritt getan. Als nächstes muss der Abschiebeknast fallen. Wir rufen euch daher alle dazu auf, unser Anliegen tatkräftig zu unterstützen und euch am 3. September an unserer Demo gegen den Knast zu beteiligen. ...

Im Anschluss an die Demo findet ein Festival mit dem Musiker und Aktivisten Heinz Ratz und zahlreichen anderen Künstlerinnen und Künstlern in Ingelheim statt.

wegmitdemknast.blogsport.de ■

Ein Panzergraben soll Flüchtlinge abhalten

Nach Berichten griechischer Medien hat Griechenland in der Evros-Grenzregion zur Türkei mit dem Ausheben eines 30 m breiten und 7 m tiefen Grabens begonnen. Die ersten 14,5 km bei der Ortschaft Orestiada seien bereits fertig. In der Endphase, so die Athener Zeitung „To Vima" solle die neue Grenzbefestigung nach dem Modell Panzergraben 120 km lang sein, nach anderen Berichten ca. 20 km.

PRO ASYL kritisiert, dass Griechenland seit langem administrativ und politisch unfähig ist, ein menschenwürdiges Aufnahme- und Asylentscheidungssystem aufzubauen, gleichzeitig aber – offenbar mit europäischer Unterstützung – in dieses Grabenprojekt investiert.

Unklar bleibt bisher, inwieweit es sich bei dem aktuellen Projekt um eine erste Ausbaustufe eines bereits früher angekündigten Grenzbefestigungsprojektes auf Hightechniveau handelt.

Nicht erst seit der Verschärfung der politischen Situation in Syrien und anderen Staaten versuchen Flüchtlinge über die Evros-Grenze nach Griechenland zu gelangen. Auf griechischer Seite werden sie als illegale Migranten betrachtet und fast ausnahmslos in katastrophalen Haftzentren festgesetzt.

Das Committee for the Prevention of Torture (CPT) hat erst in diesem Jahr festgestellt, dass die Zahl der unter menschenunwürdigen Bedingungen in Polizeistationen und Haftzentren festgehaltenen Menschen trotz gegenteiliger Versicherung der griechischen Regierung zugenommen habe, während die Lebensverhältnisse dort sich noch verschärft hätten.

„Griechenlands neuer Panzergraben ist ein Symbol: Er steht einerseits für die Vertiefung der Gräben in Richtung Türkei und ist damit eine Verbeugung vor nationalistischen Strömungen im eigenen Land. Und er ist ein Graben gegen die Menschenrechte von Flüchtlingen. Die Regierung Papandreou zeigt, dass sie in Abschottung investieren will statt in ein Aufnahmesystem", so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

Quelle: Pressemitteilung Pro Asyl 4.8.2011 ■

Video-Asylanhörungen: Kalte Effizienz statt Sensibilität

Berlin. „Die Bundesregierung hat damit begonnen, Asylbewerber einem kalten, unpersönlichen Anhörungsverfahren per Videokamera auszusetzen. Damit unter-

gräbt sie die gebotene Sensibilität solcher Anhörungen und gefährdet den Schutz der Antragsteller", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion. Jelpke weiter:

„Unpersönliche Befragungen mit Hilfe von Videokonferenztechnik sind keine Ausnahmeerscheinung mehr. Seit November 2010 gab es 140 solcher Anhörungen, bei denen Asylsuchende nicht mehr von Angesicht zu Angesicht, sondern ‚im Wege der Bild- und Tonübertragung' zu ihrem Verfolgungsschicksal befragt werden. Die Praxis wird bislang in Dortmund, Braunschweig, Friedland und Bielefeld angewandt.

Die Bundesregierung setzt einseitig darauf, das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge effizient einzusetzen und vernachlässigt dabei das Schicksal der Asylsuchenden. Die Rechtsauffassung der Bundesregierung, eine persönliche Anhörung, auf die Asylsuchende einen Anspruch haben, verlange ‚nicht die gleichzeitige Anwesenheit der Beteiligten im selben Raum', halte ich für höchst wacklig.

Schlimmer noch ist, dass die Bundesregierung nicht einmal im Ansatz erkennt, dass es bei einer Anhörung von Asylsuchenden in einem fremden Land einer vertrauensvollen Atmosphäre bedarf, in der sich die Betroffenen mit allen persönlichen und unter Umständen sehr intimen Details öffnen können sollen. Dem entspricht es nicht, wenn sie solche Erklärungen in den leeren Raum hinein sprechen sollen. Unter solchen Umständen werden traumatisierte Personen oder vergewaltigte Frauen noch weniger in der Lage sein, ihre Verfolgung zu schildern. Die Bundesregierung verweigert bezeichnenderweise zugleich ein sogenanntes Screening vor dem eigentlichen Asylverfahren, mit dem besonders schutzbedürftige Asylsuchende frühzeitig identifiziert werden könnten, um ihren besonderen Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Es darf nicht sein, dass Personalnöte beim Bundesamt zur Aufgabe eines sorgsamen Asylverfahrens führen. Erst vor wenigen Wochen wurde mit schönen Worten der 60. Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention gewürdigt. Die Praxis der Videoanhörung ist vor diesem Hintergrund erst recht beschämend und muss sofort beendet werden."

Quelle: Pressemitteilung www.ulla-jelpke.de 9.8.2011 ■

Ein menschenwürdiges Existenzminimum für Flüchtlinge

BADEN-WÜRTTEMBERG. Das Urteil des Sozialgerichts vom 10.8.2011 (Az.S.9AY 2678/11ER) ist eine kleine Sensation: erstmals in Deutschland verpflichtet ein Sozialgericht eine Kommune zu höheren Leistungen als im Bundesgesetz vorgesehen. Im Wege einer einstweiligen Anordnung wurde entschieden, dass einem Flüchtling zusätzlich zu den Regelleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes 65,51 Euro monatlich gezahlt werden müssen.

Das Gericht begründet seinen Beschluss damit, „dass der Antragsteller durch die derzeit gewährten Leistungen in seinem Grundrecht auf Sicherung einer menschenwürdigen Existenz verletzt wird." Der Regelsatz des Asylbewerberleistungsgesetzes ist seit 18 Jahren nicht mehr erhöht worden und liegt inzwischen um ca. 40 % unter Hartz IV-Niveau. Einem alleinstehenden erwachsenen Flüchtling stehen demnach im Monat 224,97 Euro zu. Zu berücksichtigen ist dabei, dass ein Einkauf mit Gutscheinen nur in bestimmten Läden möglich ist und daher teurer kommt als ein Einkauf mit Bargeld. Das Gericht erkennt einen „offenkundigen Mangel", unter dem der Flüchtling leide und hat deshalb seinem Eilantrag stattgegeben.

Seit Jahren kritisieren Flüchtlingsräte und Wohlfahrtsverbände diese eklatante Diskriminierung von Flüchtlingen und fordern eine Anpassung der Leistungen, die im Gesetz vorgesehen ist.

Dem Mannheimer Verfahren ging eine Entscheidung des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 26.9.10 (Az.L.20AY13/09) voraus, nach der die Leistungen für Flüchtlinge ebenfalls als verfassungswidrig beurteilt wurden. Es kritisiert, dass die Leistungen für Flüchtlinge nicht in einem Verfahren bemessen, sondern „ins Blaue hinein geschätzt" worden seien. Dabei orientierte sich das Gericht am Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen von Hartz IV.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat aufgrund des nordrhein-westfälischen Urteils eine Kampagne initiiert, durch die möglichst viele Flüchtlinge ermutigt werden sollen, einen Antrag auf Erhöhung der Regelsätze zu stellen. Mit dem jetzt gefällten Urteil ist die Kampagne noch nicht am Ziel, denn die 65,51 Euro werden zunächst nur als Darlehen gewährt und die Wirkung der einstweiligen Anordnung ist auf den 31.3.2012 befristet.

Bis dahin wird mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen des Asylbewerberleistungsgesetzes gerechnet.

Das Urteil ist ein erfreulicher Teilerfolg auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Behandlung von Flüchtlingen. Erst eine deutliche Erhöhung der Leistungen für alle Flüchtlinge, die nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen und kulturellen Rechte der Flüchtlinge berücksichtigt, wäre ein voller Erfolg.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 12.8.2011 ■

Menschenrechtspreis der STIFTUNG PRO ASYL für Julia Kümmel

FRANKFURT. Die STIFTUNG PRO ASYL verleiht ihren Menschenrechtspreis 2011, die PRO-ASYL-Hand, an Julia Kümmel. Die Aktivistin und Abschiebungsgegnerin hatte acht Jahre lang bis zum Bundesverfassungsgericht gegen ein Hausverbot des Flughafenbetreibers Fraport und für die Demonstrationsfreiheit an deutschen Flughäfen gestritten. Im Februar 2011 schließlich gab ihr das Bundesverfassungsgericht recht und machte mit einem Aufsehen erregenden Urteil den Weg frei für das Grundrecht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit auch auf deutschen Flughäfen.

Julia Kümmel hatte im März 2003 mit anderen Mitgliedern der „Initiative gegen Abschiebung" am Frankfurter Flughafen gegen die Abschiebung eines Irakers demonstriert. Hierfür verhängte der Flughafenbetreiber Fraport ein „Hausverbot". Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ehrt Julia Kümmel mehr als jede Laudatio es könnte. Darin heißt es: „Deshalb kann das Verbot des Verteilens von Flugblättern (...) nicht auf den Wunsch gestützt werden, eine ‚Wohlfühlatmosphäre' in einer reinen Welt des Konsums zu schaffen, die von politischen Diskussionen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen frei bleibt."

Damit geht das Urteil weit über die Frage der Demonstrationsfreiheit an Flughäfen hinaus. Das Interesse am ungestörten Konsum muss in öffentlich genutzten Bereichen hinter das Grundrecht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit zurücktreten, auch wenn diese privat betrieben werden. Diese Klarstellung ist dem beharrlichen Engagement von Julia Kümmel und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern zu verdanken. Die Preisträgerin zu ehren heißt, die erstrittene Demonstrationsfreiheit nun auch zu nutzen.

Die STIFTUNG PRO ASYL verleiht Julia Kümmel den Menschenrechtspreis am 3. September 2011 im Haus am Dom, Domplatz 3, in Frankfurt am Main. Die Veranstaltung beginnt um 14 Uhr

www.proasyl.de ■

Bündnis protestiert gegen Airlines

MÜNCHEN. Nachdem am 2.8. die Abschiebung eines 16-jährigen Syrers gestoppt und die Überstellung eines Somaliers durch spontane Proteste im Münchner Flughafen in letzter Sekunde verhindert werden konnte, geht der Protest gegen das Abschiebedrehkreuz München weiter. Neben den bekannt gewordenen Fällen wurden 2010 fast 19.000 Menschen aus Deutschland abgeschoben – mehr als 2000 Personen allein über den

Münchner Flughafen.

Tagtäglich sind das mehr als fünf Abschiebungen in Staaten wie Nigeria, wo Amnesty International Menschenrechtsverletzungen und Folterungen durch die Polizei kritisiert, oder den Kosovo, wo Roma starken Diskriminierungen und rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind. Im April 2011 hat das bayerische Innenministerium zudem beschlossen, sogar Abschiebungen in den Irak zu forcieren, obwohl Nachrichten von Bombenanschlägen, Entführungen und Morden in dem Kriegsstaat an der Tagesordnung sind.

Im Februar dieses Jahres hat das Bundesverfassungsgericht nach Klage einer Anti-Abschiebeaktivistin entschieden, dass Demonstrationen in Flughäfen erlaubt sind. Erstmals rief daher ein breites Bündnis, Bayerischer Flüchtlingsrat, Karawane München, Netzwerk Deutschland-Lagerland, Münchner Flüchtlingsrat, JOG Bayern, antifa.nt, EAAM, zu Protesten gegen die Abschiebungen im Münchner Flughafen auf. Ca. 150 Flüchtlinge und Anti-Abschiebeaktivisten aus ganz Bayern demonstrierten dann am 6.8. am Flughafen in München gegen Abschiebungen im Münchner Flughafen.

Die vom Bayerischen Flüchtlingsrat angemeldete Demonstration im Terminal 2 war von den Behörden zunächst untersagt worden. Erst am Vorabend hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Kundgebung per Eilentscheidung gestattet. Darunter waren auch etwa 80 Flüchtlinge, die selbst von der Abschiebung bedroht sind. Nur 30 der Demonstranten durften nach einem Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom Freitagabend in das Terminal 2 des Flughafens, die übrigen mussten draußen auf der Freifläche bleiben. Nach Angaben des Flüchtlingsrats hatte das Landratsamt Erding die ursprünglich angemeldete Demonstrationsroute zu den Check-In-Schaltern von zwei großen Fluggesellschaften abgelehnt.

Quelle: Flüchtlingsrat Bayern 6.8.2011 ■

Anerkennung der kurdischen Identität in Deutschland

Köln. In Deutschland leben schätzungsweise eine Million KurdInnen, die als ArbeitsmigrantInnen oder als politische Flüchtlinge aus der Türkei, dem Iran, Irak und Syrien ausgewandert oder geflohen sind. Obwohl die KurdInnen eine der größten MigrantInnengruppen in Deutschland darstellen, werden sie trotzdem nicht eigenständig als solche anerkannt, sondern werden in der Regel den Staaten zugeordnet, aus denen sie ausgewandert sind. Somit sind KurdInnen in Deutschland bislang nicht mit anderen MigrantInnengruppen gleichgestellt. Ihnen werden grundlegende Beteiligungsrechte zur Integration sowie zur Bewahrung und Entfaltung ihrer kulturellen Identität verweigert. Kurdische Namen, die in den Herkunftsländern nicht anerkannt sind, werden hier in der BRD auch nicht zugelassen, kurdische Organisationen und Vereine werden ausgegrenzt und kriminalisiert.

Der TÜDAY-Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V. hat deshalb gemeinsam mit Yek-Kom am 1. August 2011 eine Kampagne für „Die Anerkennung der kurdischen Identität in Deutschland" gestartet.

Die Kampagne fordert:

1. Die Anerkennung der kurdischen MigrantInnen als eigenständige MigrantInnengruppe und Gleichstellung mit den anderen MigrantInnengruppen;

2. Um sowohl die Integration der Kurden in die deutsche Gesellschaft zu föördern als auch die Lösung der kurdischen Frage in der Türkei zu unterstützen, sind die Aufhebung des PKK-Verbots und damit zusammenhängende Betätigungsverbote kurdischer Organisationen sowie die Beendigung der Repressionsmaßnahmen unerlässlich;

3. Förderung von Beratungs- und Betreuungsprojekten sowie Herausgabe von Informationsmaterialien in kurdischer Sprache insbesondere für Kurdinnen;

4. Ausweitung des Muttersprachenunterrichts in Kurdisch auf alle Bundesländer;

5. Die Zulassung kurdischer Namen, auch wenn diese von den Behörden der Herkunftsländer nicht anerkannt werden;

6. Gleichbehandlung der KurdInnen bei fremdsprachigen Sendungen durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk;

7. Anerkennung des Newroz-Festes als Feiertag in Anlehnung an den Beschluss der Generalversammlung der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO) vom 23. Februar 2010;

8. Aufnahme aller kurdischen Vertretungen in den Bundesbeirat füür Integration;

9. Förderung der Selbsthilfe sowie der Herausgabe von politischen und kulturellen Informationen in kurdischer Muttersprache;

10. Beendigung der Abschiebepolitik gegenüüber Kurdinnen und Kurden sowie Aufhebung der Praxis des Widerrufs von anerkanntem Asylstatus;

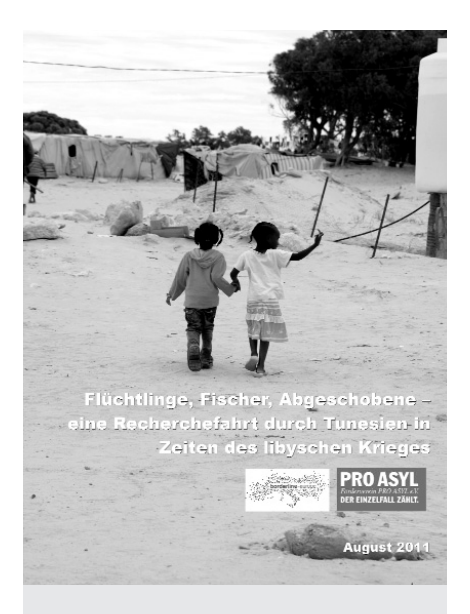
11. Verstärkter Einsatz der Bundesregierung für die friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage;

12. KurdInnen gehören verschiedenen Religionsgemeinschaften an. Sie sind Christen, Yeziden, Aleviten oder Moslems, weshalb wir die Einbeziehung aller in die Arbeitskreise zum Dialog der Religionen fordern.

Düsseldorf, 13. Juli 2011

www.kurdenindeutschland.de ■

Bisherige UnterstützerInnen:
YEK-KOM e.V. - Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland, Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland und europ. Sektionen/ZAVD, Deutsch-Kurdischer Kulturbund e.v Berlin, kurdische frauen in exil, European-kurdistan green organisation, YEKMAL e.V. – Kurdischer Elternverein, Der Europäische Friedensrat Türkei/Kurdistan, YMK –Verein der Kurdischen Lehrer in Europa e.V. Volksrat der Eelam Tamilen in Deutschland, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen,The Voice Refugee Forum, ATIF – Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V., AGIF – Föderation der Arbeiterimmigrant innen in Deutschland e.V., Cenîî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., Kurdisches Institut in Deutschland, FKE – Föderation der Yezidischen Vereine e.V., CÎÎK – Föderation der Kurdischen Muslimischen Gemeinschaften in Europa e.V, FEDA – Föderation der Demokratischen Alewiten e.V., KURD-AKAD – Netzwerk Kurdischer AkademikerInnen e.V., TÜDAY – Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V., YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V., Kurdische Gemeinde zu Berlin-Brandenburg e.V.



Recherchefahrt durch Tunesien in Zeiten des libyschen Krieges

Flüchtlinge – Fischer – Abgeschobene

Zwei Wochen haben Judith Gleitze (borderline-europe), Frank Jugert und Rabih Bouallegue tunesische Flüchtlingslager an den libyschen Grenzen bereist. Tunesien hat mehr als 500.000 Flüchtlinge seit Beginn des libyschen Krieges aufgenommen. Die Situation der noch verbleibenden Flüchtlinge in Shousha und den Nachbarcamps, das Leben der libyschen Flüchtlinge im Süden Tunesiens sind ebenso ein Teil unseres Berichts wie der Besuch bei den tunesischen Fischern, die immer noch in Italien wegen Seenotrettung unter Prozess stehen. Außerdem haben wir zwei tunesische junge Männer aufgesucht, die 2011 aus Italien nach Tunesien zurückgeschoben wurden.

Die Recherche wurde ermöglicht von borderline-europe und dem Förderverein Pro Asyl. Download des 30-seitigen Berichts von der Webseite **http://www.borderline-europe.de/**

5 Jahre Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) zieht Bilanz

„Fünf Jahre nach Verabschiedung des AGG ist Diskriminierung noch immer eine gesellschaftliche Realität, mit der viele Menschen täglich konfrontiert sind. Das Gesetz hat daran nicht grundlegend etwas ändern können.“, beginnt Birte Weiß, Vorständin des advd ihre Überlegungen: „Es kann Betroffene in Einzelfällen stärken, aber der Impuls in Richtung einer diskriminierungssensiblen Alltagskultur bleibt zu schwach.“

Bereits in seiner Stellungnahme ein Jahr nach Verabschiedung des AGG formulierte der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) grundlegende Schwächen des Gesetzes wie zu kurze Fristen, das fehlende Verbandsklagerecht sowie die nicht ausreichende Beweislasterleichterung und forderte Nachbesserungen. „Diese Forderungen haben nichts von ihrer Aktualität verloren. Die geringe Anzahl an Klagen, aber auch unsere Erfahrungen in der Beratungsarbeit bestätigen, dass die juristischen Hürden zu hoch sind. Auch auf Seiten der Rechtsanwält_innen und Gerichte herrscht oftmals noch Unsicherheit und Unwissen vor.“, kommentiert Weiß, bevor sie ergänzt: „Gleichzeitig ist nicht alles schlecht: Die öffentliche Diskussion ist sachlicher geworden und es hat einige wichtige Urteile im zivilrechtlichen und arbeitsrechtlichen Bereich gegeben – nicht zuletzt wegen der Unterstützungsarbeit unserer Mitgliedsorganisationen.“

Dennoch, fünf Jahre nach Verabschiedung des AGG wird es Zeit, den nächsten Schritt zu gehen. Ein Blick in die Dokumentation der Beratungsfälle 2010 des advd zeigt, dass die hoch bedeutsamen Lebensbereiche Bildung und öffentliche Verwaltung zwar die Hälfte der 361 Beratungsfälle ausmachen, vom AGG in seiner jetzigen Form jedoch nur sehr mangelhaft erfasst sind. „Bildung ist Ländersache und die öffentliche Verwaltung, egal auf welcher Ebene, fällt nicht in den Geltungsbereich des AGG.“, erklärt Daniel Bartel, Vorstand des advd: „Hier haben Betroffene noch viel zu selten das Recht auf ihrer Seite. Das ist einer der Gründe warum es unabhängige Antidiskriminierungsberatungsstellen braucht.“

Den aktuellen Stand der Gleichbehandlung charakterisiert damit auch, dass sich der Bund aber auch die Länder an zentralen Stellen ihrer Verantwortung entziehen. Weniger als eine Handvoll Bundesländer haben eigenständige Antidiskriminierungsstrukturen geschaffen und mit Berlin hat bislang nur ein einziges die Initiative für ein Landesantidiskriminierungsgesetz ergriffen.

Dazu Birte Weiß: „Der Gesetzesentwurf der Berliner Verwaltung allerdings hat es in sich. Er setzt konsequent an den Möglichkeiten an, die prinzipiell jedem Bundesland offen stehen und zeigt, was möglich ist. Er wird zukünftige Debatten prägen.“ Neben klaren Antworten auf die bekannten Probleme des AGG thematisiert der Entwurf auch explizit strukturelle Diskriminierung, konkretisiert Nachteilsausgleiche als Handlungsfeld und verpflichtet das Land, seine Gestaltungsmöglichkeiten als Auftraggeber zu nutzen. Birte Weiß: „Ob der Entwurf tatsächlich ein Gesetz werden wird, ist aktuell noch offen. An der Diskussion wird sich ablesen lassen, wie weit wir als Gesellschaft in den vergangenen fünf Jahren tatsächlich gekommen sind.“

Eine Sammlung von Texten und Artikeln rund um das AGG des Verbandes und seiner Mitgliedsorganisationen gibt es unter: www.antidiskriminierung.org

PM des advd

Im Mai 2007 – im Europäischen Jahr der Chancengleichheit – wurde mit Förderung der Europäischen Union der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) gegründet – ein bundesweiter Zusammenschluss unabhängiger Antidiskriminierungsbüros/-stellen, Selbstorganisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen vornehmlich aus der Antirassismus und Antidiskriminierungsarbeit. Der advd bündelt das fachliche Wissen, die langjährigen Erfahrungen und Expertisen seiner Mitgliedsorganisationen in einem Dachverband und setzt sich u.a. für die Etablierung einer umfassenden Antidiskriminierungsgesetzgebung und -rechtsprechung sowie deren effektive Rechtsdurchsetzung und Monitoring ein.

Diskriminierungsschutz in Sachsen noch immer eher die Ausnahme

„In den fünf Jahren seit Bestehen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist das Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB) in über 300 Fällen von Diskriminierung aktiv geworden.“ sagt Heike Fritzsche, Geschäftsführerin des ADB.

„Diese Zahl für Leipzig macht deutlich, dass Diskriminierung wegen des Geschlechts, des Lebensalters, der sexuellen Identität, einer Behinderung oder Herkunft ein Alltagsphänomen ist und keine Ausnahme. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass hinter jedem dieser Fälle ein Mensch steht, der eine Arbeit nicht bekommt, von Behörden oder bei der Wohnungssuche Benachteiligung erfährt oder in einer anderen Form in seiner Würde und Lebensgestaltung beeinträchtigt wird, gibt das zu denken.“

Für Sachsen gibt es keine entsprechende Statistik.

Im August 2006 wurde das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verabschiedet. Es regelt den Schutz vor Diskriminierung im arbeits- und zivilrechtlichen Bereich. Während die Verabschiedung von unsachlichen Befürchtungen begleitet wurde, dominiert mittlerweile eine realistische Haltung bezüglich der Möglichkeiten und Grenzen des Gesetzes.

Ein Blick auch in andere Länder zeigt: Antidiskriminierungsgesetze allein bewirken keine gesellschaftliche Veränderung. Nötig ist auch ein niedrigschwelliger Zugang zur Rechtsdurchsetzung und dafür brauchen Betroffene Beratungs- und Unterstützungsstrukturen.

„In Sachsen gibt es in Puncto effektiver Diskriminierungsschutz noch viel zu tun. Fünf Jahre nach Verabschiedung des AGG stehen wir nach wie vor am Anfang.“ fasst Heike Fritzsche die Situation zusammen. „Eine kleine Anfrage im Landtag vom Juli diesen Jahres (Kleine Anfrage 20.06.2011, Drucksache 5/ 6131, Sächsischer Landtag) zeigt, dass der Freistaat die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt hat. Auf Ministeriumsebene gibt es keine geregelte Zuständigkeit und unsere kommunal finanzierte Beratungstelle in Leipzig ist die einzige qualifizierte Anlaufstelle für Betroffene sachsenweit.“

„Es wird Zeit, das nun auch das Land Sachsen seiner Verantwortung nachkommt. Das heißst: flächendeckend unabhängige und qualifizierte Anlaufstellen zu finanzieren und bestehende Lücken im AGG durch eine entsprechende Landesgesetzgebung zu schließen.“, fordert Daniel Bartel, Leiter der Beratungsstelle des ADB.

„Zunächst aber muss den Verantwortlichen die Bedeutung des Themas klar werden und die Bereitschaft entstehen, für Sachsens vielfältige Bevölkerung aktiv zu werden. Es gibt also noch viel zu tun.“

PM Antidiskriminierungsbüros Sachsen ■

Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB) mit Sitz in Leipzig ist seit 2005 eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für alle Fragen zu Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Lebensalters oder Behinderung sowie Mehrfachdiskriminierung. Nähere Informationen zum ADB finden Sie unter www.adb-sachsen.de

Tödliche Realitäten in Sachsen

Im Juli 2009 wurde Marwa El-Sherbini in Dresden aus rassistischem Hass ermordet. Jetzt erinnert ein Sammelband der Opferberatung des RAA Sachsen e.V. an die abscheuliche Tat und reflektiert die politischen wie gesellschaftlichen Reaktionen. Gleichzeitig werden jene Zustände beschrieben, in denen ein solcher Mord möglich war. Das Buch „Tödliche Realitäten" erinnert nicht nur an Marwa El-Sherbini, sondern auch an die elf weiteren Todesopfer rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in Sachsen seit 1990.

Das Buch enthält Texte von Autoren aus Wissenschaft, Publizistik, Politik und ehrenamtlichen Initiativen. Zu lesen sind unter anderem Störungsmelder-Autorin Heike Kleffner zu „(K)eine Frage der Wahrnehmung: die tödliche Dimension politisch rechts motivierter Gewalt" sowie Dierk Borstel und Andreas Grau vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Uni Bielefeld zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Dresden.

Verschiedene Autoren setzen sich mit den medialen und gesellschaftlichen Reaktionen auf den Mord auseinander. So schildern beispielsweise Wolfgang Donsbach und Anna-Maria Schielicke die „Verarbeitung des Mordes an Marwa El-Sherbini in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung". In einem Interview sprechen zwei Initiatorinnen eines Treffs für muslimische Frauen in Dresden-Johannstadt über die Situation von Muslimas nach dem Mord.

Sabine Schiffer und Floris Biskamp diskutieren anhand des Begriffes der „Islamophobie" das Spannungsfeld zwischen Islamkritik und antimuslimischen Ressentiment. Auch die juristische Aufarbeitung der Tat wird beleuchtet, wobei Staatsanwalt Christian Avenarius „Einige Gedanken zum Umgang der Justiz mit dem Mord an Marwa El-Sherbini" formuliert. Zur Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit rassistischer Gewalt stellt der Dresdner Verein Bürger.Courage seine Aktion „18 Stiche" vor und der Vorsitzende des Ausländerrat e.V. Sebastian Vogel fragt danach, was sich in Dresden zwei Jahre nach der erschreckenden Tat verändert hat.

Das Buch ist kostenlos. Bei Bestellung von mehr als einem Exemplar wird um Spenden gebeten.

Das Buch kann in den Büros des RAA Sachsen e.V. abgeholt oder gegen Übernahme der Portokosten unter projekt@raa-sachsen.de bestellt werden. Herausgeber: Opferberatung des RAA Sachsen e.V.: Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini Dresden, 1. August 2011, ISBN: 978- 3-00- 034794- 8



Europaweit sind Rechtsaußenparteien auf dem Vormarsch. Besonders in Westeuropa kommt in diesen Kreisen ein kulturreligiös verklausulierter Rassismus zum Vorschein: Mit Kampagnen gegen Moscheebauten, Minarette oder gegen das Kopftuch versuchen sie, Zustimmung zu gewinnen. Im Fokus der Agitation stehen dabei Muslime, die als Projektionsfolie für eine imaginierte Gefahr durch eine vermeintlich „fremde Kultur" dienen: Zugewanderte = Islam = Gewalt = Bedrohung lautet dabei die rassistische Gleichsetzung. Auf der Tagung sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede rechtspopulistischer und rassistischer Formationen in Westeuropa analysiert werden. Insbesondere sollen dabei die muslimfeindliche Propaganda und ihre Möglichkeiten und Grenzen vor dem Hintergrund eines gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesses Gegenstand der Diskussion sein. Nicht zuletzt sollen städtische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rassismus miteinander verglichen und Möglichkeiten gemeinsamer Handlungsstrategien diskutiert werden. **Schriftliche Anmeldung bis zum 30. September 2011 per Post, Fax oder E-Mail an:** NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Appellhofplatz 23 - 25, 50667 Köln, Fax: 0221 - 221 – 25512, E-Mail: ibs@stadt-koeln.de, www.nsdok.de/ibs **Ort: Forum Volkshochschule im Rautenstrauch-Joest-Museum, Köln**

apabiz-Handreichung zu den Wahlen in Berlin am 18. September 2011



Der Wahlkampf um den Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) am 18. September 2011 geht in die heiße Phase. Mit der NPD, „Pro Deutschland" und „Die Freiheit" treten drei sehr unterschiedliche Rechtsaußen-Parteien an, die zwar auf Landesebene erfolglos bleiben werden, aber möglicherweise in die ein oder andere BVV einziehen könnten.

Das apabiz hat in Zusammenarbeit mit dem Journalisten Maik Baumgärtner und dem Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse" des VDK e.V. eine Handreichung erstellt. In dieser werden die drei Parteien in Kurzprofilen mit Informationen zu Programmatik, Personal und Wahlkampfaktivitäten vorgestellt. Außerdem erfolgt eine rückblickende Analyse bezüglich der bisherigen Aktivitäten der NPD in den BVVen.

Die Handreichung kann als pdf von der Webseite des apabiz heruntergeladen werden und richtet sich an all diejenigen, die sich gegen (extrem) rechte (Partei-) Aktivitäten engagieren wollen bzw. grundsätzliches Interesse am Thema haben. **www.apabiz.de** ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.



Antifaschistische Mobilisierung im Berlinwahlkampf – Infos unter: http://rechtspopulismusstoppen.blogsport.de

Stramm gegen den Euro

Junge Freiheit Nr. 30/11, 22. Juli 2011

Nicht der tatsächliche Wertverlust des Euros oder der europäischen Wirtschaftsräume und Staaten berührt das Blatt, sondern der angeblich stattfindende „politische Wertverlust". Diesmal muss die Marktwirtschaft und die Eigenverantwortung des Unternehmers herhalten und das Blatt spricht ein Lob auf die Ratingagenturen aus – die angeblich nur „objektiv nachprüfbare Fakten" zusammentragen. Das Ganze geht einher mit einer ziemlich harschen Verurteilung der Staaten, die jetzt in Schuldenschwierigkeiten sind: „Leider bestehen keine Ratings für die Beurteilung von Regierungsgremien und deren Leistungen. Die Einschätzung griechischer, irischer und portugiesischer Staatsanleihen als Ramschpapiere geht einher mit der Bewertung der entsprechenden Länder als Ramschstaaten." Nicht die steuerhinterziehende Wirtschaft, nicht die Spekulanten, nicht die Regierungen werden als „Ramsch" bezeichnet, sondern gleich ganze Länder – mitsamt der dort lebenden Bevölkerung. Aus Sicht des Blattes wäre es das beste, diese Länder verschwänden – nur wohin? In die Besatzung?

Einen Schwerpunkt widmet das Blatt der Frage, wo sich in Zukunft konservative Milieus auftun könnten, in denen die Rechte fischen kann. Der Konstanzer Professor Bauch kommt zu dem Schluss, dass ein Großteil des bürgerlichen Lagers ins ökologische Lager, zu den Grünen abwandere, so dass vorerst für die Konservativen mit schrumpfenden Milieus gerechnet werden muss. Ähnlich argumentiert auch Erik Lehnert, derzeit Geschäftsführer des rechten Instituts für Staatspolitik. Die schweigende Mehrheit lasse sich von den Medien an der Nase herumführen und deshalb spielten rechte Parteien derzeit nur eine Rolle am Rande. Einzig Bastian Behrens, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Blattes, spricht für beherztes „Zupacken" und fordert die Konservativen auf, Flagge zu zeigen.

Attentat in Norwegen – die Linken sind schuld

Junge Freiheit Nr. 31-32/11, 29. Juli/ 5. August 2011

Das Blatt verurteilt das Attentat – und Blattautor Thorsten Hinz schafft es, das Massaker den Linken in die Schuhe zu schieben. Warum? Weil sie mit Sozialstaat, multikultureller Gesellschaft, Gender Mainstreaming die normalen Menschen verraten hätten. So entstünden einsame und vom Gefühl dauerhafter Machtlosigkeit frustrierte Menschen, aus denen potentielle Fanatiker heranwachsen. Blattchef Dieter Stein fürchtet Zensur: „So könnte die Tat Breiviks die europäische und deutsche Klasse zu neuartigen ‚Karlsbader Beschlüssen' ermuntern, um jegliche als ‚rechtspopulistisch' oder ‚islamfeindlich' gebrandmarkte Meinungsäußerungen mit dem Verdikt der ‚Volksverhetzung' zu ersticken." 77 Menschen sind ermordet worden – und die Hauptsorge der Rechten gilt sich selbst.

Aufruhr in England

Junge Freiheit Nr. 33/11, 12. August 2011

Der Aufruhr in einigen englischen Städten ist für das Blatt mal wieder Beleg für einen „Kultur- und Rassenkonflikt" – ungeachtet der Tatsache, dass sich die Plündernden ja in großem Umfang an Menschen mit Migrationshintergrund vergangen haben.

Stattdessen malt das Blatt mal wieder die angeblich drohenden Aufstände von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an die Wand und greift die bundesdeutschen Medien und die angebliche „Verblendung" der „Funktionseliten" an, weil sie die Situation verkennen und den „kreuzbraven" rechten Bürger kritisieren.

Krise des Kapitalismus

Junge Freiheit Nr. 24/11, 19. August 2011

Die europäische und us-amerikanische Finanzkrise treibt Blattchef Dieter Stein dazu, die Nation als Rettungsanker herauszuholen: „Die aktuelle Situation … bestätigt tatsächlich diejenigen, die immer vor Staatswirtschaft auf der einen und zügellos entfesseltem Kapitalismus auf der anderen Seite gewarnt haben. Bestätigt finden sich alle, die vor dem Einreißen des historisch gewachsenen Solidaritätsraums Nation gewarnt haben, in dem Unternehmer, Banken und Regierende einem konkreten Volk verpflichtet sind und nicht allein der Gewinnmaximierung." Nun hat dieser „Solidaritätsraum" nie existiert – im Gegenteil, er war immer mit Krieg, blutiger Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung verbunden und ist auch historisch nicht durch Solidarität – die Nazis nannten das Volksgemeinschaft – entstanden, sondern durch ziemlich blutige Konflikte.

uld ■